

16.12.2013

13. Sitzung des 46.



TOP 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

TOP 3 Festlegung der Tagesordnung

TOP 4 Bericht des SP-Sprechers und Anfragen

TOP 5 Bericht des AStA und Anfragen

TOP 6 Information zu gerichtli. Verfahren der Studierendenschaft
(NICHTÖFFENTLICH)

TOP 7 Weitere Berichte des AStA und Anfragen

TOP 8 2. Lesung Sozialbeitragsordnung

TOP 9 3. Lesung Sozialbeitragsordnung

TOP 10 Entlastung AStA des 44. Studienrendenparlamentes

TOP 11 Beschluss zweier Urabstimmungen

TOP 12 Beschluss langfristiger Verträge

TOP 13 Genehmigung doppelter Bezahlungen durch die Studierendenschaft

TOP 14 Rektoratswahl

TOP 15 Antrag GHG "Zivilklausel"

TOP 16 Plakatiersituation

TOP 17 Umbesetzung von Ausschüssen

TOP 18 Verschiedenes

Anlagen: Vertrag mit nextbike

Vertrag mit dem Schauspielhaus Bochum

Vorname	Nachname	Unterschrift	Vertretung
Luisa-Maximiliane	Pischel	anwesend	
Ann-Sophie	Pachal	n.a.	
Anouk	Firle		Sebastian Pewny
Patrick	Vosen	anwesend	
Laura	Schlegel	anwesend	
Christina	Giesen		Thomas Müller
Lokman	Güvercin	anwesend	
Johannes	Keyserlingk	anwesend	
Ömer	Avci	a.. ab 16:45 Uhr	
Hongyu	Yang	anwesend	
Liang	Pan	n.a.	
Mike	Broxtermann	anwesend	
Ramona	Halsch		Rebecca Bernhardt
Thomas	Bajer	a. ab 18 Uhr	Sven Heintze bis 18 Uhr
Christine	Schulz	anwesend	
Kaibo	Xie		Philipp Krüger
Dirk	Loose	anwesend	
Martin	Wilken	anwesend	Carolin Reich
Jorret-Alexander	Bley	anwesend	
Ioannis	Makaronas		Matthias T. ab 22 Uhr
Florian	Cadabal		Georg Kopplin bis 22:53 Uhr
Ramona Denise	Welz	anwesend bis 22:53 Uhr	
Esra	Arslan-Balci	anwesend	
Ihab	Abutayyem		Nur Demir
Fatih	Suyer		Gökhan Tas
Mara	Arnold		Philipp Rasch bis 23:12 Uhr
Daniel	Elon	anwesend	
Matthias	Brüggemann	anwesend	
Tim	Köhler	anwesend	
Moritz	Fastabend	anwesend	
Robert	Deradjat		Isabel Hertel
Lena	Borsch		Vanessa Rolla
Fatima	Azroufi		Simon Gutleben
Kathrin	Jewanski	anwesend	2
Felix Pascal	Joswig	anwesend	

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Eröffnung um 16:15 Uhr durch **Dirk (Sprecher)** und Begrüßung aller Parlamentarierinnen. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Das Parlament ist mit 29 Parlamentarierinnen beschlussfähig.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Dirk (Sprecher) erklärt 11. und 12. Protokoll werden noch vor Weihnachten herumgeschickt.

TOP 3 Festlegung der Tagesordnung

Maxi (Julis) möchte den Antrag der Julis zurückziehen. Die Julis haben wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass der AStA dem schon gefolgt sei. Daher möge auch der TOP entfallen.

Dirk (Sprecher) erklärt, dass der Bericht der studentischen Mitglieder des AKAFÖ Verwaltungsrates heute entfällt, insofern nichts anderes gewünscht ist.

GO-Antrag der **GHG** auf Umstellung der TO:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung wie folgt:

TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

TOP 3: Festlegung der Tagesordnung

TOP 4: Bericht des SP-Sprechers und Anfragen

TOP 5: Bericht des AStA und Anfragen

TOP 6: Rektoratswahl

TOP 7: Antrag Junge Liberale: „Uni ohne Vorurteile“

TOP 8: Antrag Grüne Hochschulgruppe „Zivilklausel“

TOP 9: 2. Lesung Änderung der Sozialbeitragsordnung

TOP 10: 3. Lesung Änderung der Sozialbeitragsordnung

TOP 11: Entlastung AStA des 44. Studierendenparlamentes (2011/12)

TOP 12: Umbesetzung von Ausschüssen

TOP 13: Verschiedenes

Simon (Jusos) hält inhaltliche Gegenrede. Wir hätten Herrn Schmitz zu Gast und man wolle ihm nicht zumuten die ganze TO durchzusitzen.

Sebastian (GHG) erklärt, die GHG passe ihren Antrag dem an und man möge alle Gäste vorziehen. Weiterhin möge die Urabstimmung vor die AStA-Entlastung gezogen werde, da diese wichtiger sei.

Dirk (Sprecher) bittet darum solch umfangreiche Änderungen in Zukunft früher einzureichen.

10 Ja

17 Nein

2 Enthaltungen

TO gesamt:

18 Ja

8 Nein

3 Enthaltungen

TOP 4 Bericht des SP-Sprechers und Anfragen

Dirk (Sprecher) berichtet, er habe:

- Anfragen von Parlamentarierinnen per Mail beantwortet
- Bescheinigung über StuPa-Angehörigkeit ehemaliger Parlamentarierinnen ausgestellt
- Zur StuPa-Sitzung eingeladen
- StuPa-Sitzung vorbereitet
- Haushaltsplanungen zur Urabstimmung mitgestaltet
- Satzungen versch. Fachschaftsräte angefordert
- Fehler auf der Homepage korrigiert

Wahlausschuss:

Dirk (Sprecher) berichtet, dass aus einem unerfindlichen Grund die Wahlbenachrichtigungen und Bekanntmachungen regelmäßig abgerissen würden. Er habe keine Ahnung weshalb. Er habe bei den Hausmeistereien nachgehört, hier gab es keine Info dazu. Man habe bereits doppelt so viele aufgefangen wie im letzten Jahr. Er sei erschüttert über die antidemokratischen Züge einiger Personen. Um 12 Uhr sei Listenabgabe. Man möge pünktlich sein. Dann bekämen die Listen bei Mängeln 24 Stunden Überarbeitungsfrist. Am kommenden Fr um 11 Uhr sei die nächste Ausschusssitzung.

Jorret (SWIB) fragt in welcher Beschaffenheit die digitalen Listen sein mögen.

Dirk (Sprecher) sagt eine Excel-Datei wäre am besten, ansonsten akzeptiere man alle üblichen Dateiformate.

GO-Antrag der GHG auf Rederecht für alle anwesenden Gäste.

Philipp (Piraten) fragt was er mache, wenn er beispielsweise die Straße auf der Liste nicht lesen könne.

Dirk (Sprecher) sagt, das obliege der Sorgfaltspflicht der jeweiligen Listen, dass die Eintragungen richtig und genügend lesbar seien.

Maxi (Julis) wolle Fragen wie Dirk (Sprecher) sich das vorstelle, wie lange man heute Tage.

Dirk (Sprecher) sagt, man tage mindestens bis 22 Uhr. Der Raum sei unbegrenzt reserviert. Es sei momentan schwierig Räume zu buchen.

Tim (Jusos) möge als Tipp für Philipp anmerken, es sei Ratsam manche Adressen zu googeln.

Matthias (GEWI) fragt wie weit Abweichungen und Fehler in Ordnung wären.

Dirk (Sprecher) sagt redaktionelle Fehler könne der Wahlausschuss per Beschluss ausgleichen.

TOP 5 Bericht des AStA und Anfragen

GO-Antrag der **GHG** auf Vorladung aller AStA ReferentInnen.

Begründung von **Sebastian (GHG)** ist, dass die GHG in diesem TOP viele Fragen habe und nicht wisse wer jeweils zuständig sei.

Tim (Jusos) redet inhaltlich dagegen, es sei nicht möglich jetzt aus jedem Referat jemanden vorzuladen. Über solch einen Antrag hätte man im Vorhinein informieren können. Die Durchführung sei faktisch unmöglich.

Dirk (Sprecher) sagt das sei kein GO-Antrag, sondern man könne das so verlangen, allerdings auch erst zur nächsten Sitzung. Der AStA sei hiermit in Kenntnis gesetzt.

Ömer (NAWI) kommt um 16.45 Uhr

Tim (Jusos) berichtet:

Anfrage Liste B.I.E.R. zum RedBull Stand beim Campusfest

Der Stand von RedBull beim Campusfest am KulturCafé ist auf eine langjährige Kooperation zwischen dem KulturCafé und dem Unternehmen RedBull zurückzuführen. Das KulturCafé konnte durch das Sponsoring der Theke und des Verkaufes der gesponserten Getränke (RedBull), gute Einnahmen erzielen die ohne das Sponsoring nicht erzielt worden wären, weil

Kosten für die besagten Produkte entstanden wären. Der Parcour, den RedBull dort betrieben hat, sollte dafür sorgen dass der Getränkeverkauf angekurbelt wird.

Erstsemesterbegrüßung

Das Gespräch mit der Universitätsverwaltung am 28. November 2013 war sehr gut. Leider hat neben mir als AStA-Vorsitzendem und Juso-Hochschulgruppenmitglied nur ein Vertreter der Listen B.I.E.R. an dem Termin teilgenommen.

Einig waren sich alle Anwesenden, das zukünftig klar sein muss wer für die Studierendenschaft der Ansprechpartner ist und das vieles nicht so gelaufen ist wie es hätte sein sollen. Auf Grundlage eines Entwurfes der Universitätsverwaltung wurden Kriterien besprochen, die zukünftig bei der Erstsemesterbegrüßung Anwendung finden sollen. Diese werden dem Studierendenparlament heute zur Kenntnisnahme vorgelegt:

„Kriterien zur Vergabe der Standplätze beim Markt der Möglichkeiten im Rahmen der Erstsemesterbegrüßung an der Ruhr-Universität

Der Markt der Möglichkeiten soll den neuen Studierenden die Möglichkeit bieten, sich über Freizeit, Beratungs- und Serviceangebote, Interessensvertretungen und Möglichkeiten des studentischen Engagements auf dem Campus zu informieren. Auch wenn das Organisationsteam den Studierenden ein möglichst breites Angebot präsentieren möchte, ist es nicht möglich, allen interessierten Einrichtungen einen Stand zur Verfügung zu stellen. Der begrenzte Platz, Sicherheitsauflagen, sowie Erfahrungen der vergangenen Jahre machen es notwendig, folgende Regeln für die Platzvergabe festzulegen:

- Alle Gruppen müssen ihren Stand grundsätzlich bis spätestens drei Wochen vor der Veranstaltung bei dem Organisationsteam anmelden. Stände die zu spät oder gar nicht angemeldet werden, können nicht aufgebaut werden.
- Der Ausschank von Alkohol ist auf dem Universitätsgelände im Rahmen der Erstsemesterbegrüßung nicht gestattet, generell dürfen keinerlei Getränke in Glasflaschen verteilt werden.
- Die Organisatoren stellen dem AStA, der FSVK und allen im Studierendenparlament vertretenden Listen einen bzw. einzelne Stände zur Verfügung.
- VertreterInnen weltanschaulicher, religiöser und politischer Gruppierungen und Einrichtungen kann kein Stand zur Verfügung gestellt werden. Es kann ausschließlich Einrichtungen und Kooperationspartnern der Ruhr-Universität, die das Campusleben bereichern ein Stand gewährt werden.
- Das Hausrecht über das Universitätsgelände übt die Universitätsverwaltung aus.

Verfasser: Verwaltung der Ruhr-Universität Bochum

„Uni ohne Vorurteile“ - Gemeinsame Kampagne vom AStA und Rektorat

Mit Beginn des kommenden Sommersemester 2014 werden das Rektorat und der AStA eine gemeinsame Kampagne an der Ruhr-Uni ins Leben rufen, um die Studierenden für das Thema Rechtsradikalismus zu sensibilisieren. Einig sind sich das Rektorat und der AStA der Ruhr-Universität Bochum, dass an der RUB Aufklärungsbedarf hinsichtlich Rechtsradikalismus besteht. In der ersten Dezember Woche wurde bekannt, dass ein führender Kopf der Partei „Die Rechte“ an der Ruhr-Uni studiert. Diese Tatsache veranlasst das Rektorat und den AStA nun dazu, gemeinsam zu handeln und die Aufklärungsarbeit in diesem Bereich voranzutreiben. Die Kampagne der Uni Bielefeld soll hierfür Modell sein.

Ziel der Bielefelder Kampagne ist es, sich deutlich gegen die Abwertung, Ausgrenzung und Diskriminierung von Gruppen zu wenden. Die Kampagne umfasst unter anderem die Verteilung von Postkarten und Buttons - insbesondere an Studienanfängerinnen und Studienanfänger -, Ringvorlesungen sowie eine Fortbildungsveranstaltung für Lehrende und Studierende.

Im Sommer informierten sich auf Einladung des AStA bereits viele Studierende der RUB über die Rechtsrockszene in Deutschland und machten ihr Interesse am Thema „Rechtsradikalismus“ deutlich. Der AStA hatte in Kooperation mit Bündnispartnern die Filmvorführung der Dokumentation „Blut muss fließen – Undercover unter Nazis“ im Studienkreis Film, im Bahnhof Langendreer und in der Willy-Brandt-Gesamtschule ermöglicht.

Super Ergebnis - Fast 1000 RUB-Studierende nutzen Theater-Flat im November

Die Zahlen des Monats Oktober zeigten bereits, dass die in diesem Wintersemester neu eingeführte Theater-Flatrate für das Schauspielhaus Bochum von vielen RUB-Studierenden gut angenommen wurde und auf positive Resonanz trifft.

Die Vermutung, dass bei den Besucherzahlen allerdings noch reichlich Luft nach oben bestehe, hat sich nun erfreulicherweise bestätigt: Das Schauspielhaus Bochum verzeichnete im November fast 1000 RUB-Theaterbesucher*innen. Ein wirklich tolles Ergebnis, welches hoffen lässt, dass das Wissen um die Theaterflat mittlerweile viele Student*innen erreicht hat und von diesen auch weiterhin super angenommen wird.

Besonders gut besucht von den RUB-Studierenden war die Aufführung des Bühnenklassikers Hamlet von William Shakespeare. Über 100 Student*innen wollten sich dieses Theaterstück nicht entgehen lassen. Auch die Anfang November organisierte Spätschicht-Party erfreute sich sehr großer Beliebtheit bei den Nutzern der Theateflat.

Für den Dezember heißt es daher: Weiter so, die Studierenden sollen sich die Aufführungen und Shows nicht entgehen lassen!

Klage: Studierendenschaft gegen ehemaligen AStA-Vorsitzenden und Finanzreferenten

Der AStA berichtet zu diesem Sachverhalt unter dem nächsten Tagesordnungspunkt.

„Raum der Stille/Gebetsraum“ auf dem Campus erhalten!

Am 6. Dezember fand ein Runder Tisch zum Thema „Raum der Stille/Gebetsraum“ statt. Daran nahmen FachschaftsratsvertreterInnen drei verschiedener Fachschaftsräte, ein Vertreter der FachschaftsvertreterInnenkonferenz, der Ordnungsausschuss des bestehenden Gebetsraumes im NA, als auch VertreterInnen des AStA sowie der Universitätsverwaltung (Dezernat 2 und Zentrale Studienberatung) teil.

Die verschiedenen Interessierten haben sich zusammengesetzt, weil den AStA vor einiger Zeit die Meldung erreichte, dass der bestehende Gebetsraum im NA 04 (mit „Masjid“ von außen beschriftet) aufgrund der Kernsanierung der N-Reihe mittelfristig geschlossen, aber nicht in die I-Reihe verlegt werden solle. Der betreffende Raum wird seit über 20 Jahren an der RUB von Studierenden zur Verrichtung ihrer Gebete sowie zum spirituellen Rückzug genutzt. In den zwanzig Jahren laufenden Betriebes, haben viele Interessierte den Raum besichtigt und sich von der angenehmen Atmosphäre beeindrucken lassen. Derzeit wird der Raum vor allem von Studierenden muslimischen Glaubens genutzt, steht aber grundsätzlich auch allen anderen Studierenden zur Verfügung.

Eine Aufgabe des Raumes würde für einen erheblichen Teil, vor allem muslimischer Student*innen, einen großen Verlust bedeuten. Als Studierendenschaft möchten wir hinsichtlich des „Gebetsraums“ keinen Rückschritt an der RUB. Für uns ist nicht Vorstellbar, dass Studierende ihr Gebet zukünftig auf den Fluren der Gebäude verrichten müssen und dafür entsetzte Blicke auf sich ziehen müssen. An anderen Hochschulen gibt es zum Teil bis heute keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verrichtung der Gebete bzw. zum spirituellen Rückzug, so dass die Studierenden auf den Fluren und nicht selten unter einer Treppe ihr Gebet verrichten, um wenigstens einigermaßen ungestört zu bleiben. Da die Schließung des bestehenden Gebetsraums erst in ca. zwei bis drei Jahren erfolgen wird, haben die Beteiligten nun genügend Zeit um ein umfassendes und kreatives Konzept für die Etablierung eines Raumes zu suchen, der den Bedürfnissen aller Interessengruppen Rechnung tragen soll.

Das weitere Vorgehen in diesem Zusammenhang wird die studentischen Vertreter*innen der Fachschaftsräte, den Ordnungsausschuss des bestehenden Gebetsraums, den AStA und die Universitätsverwaltung daher auch im kommenden Jahr beschäftigen. Interessierte Studierende und andere Hochschulangehörige die an einem solchen Konzept mitarbeiten möchten, können dem Referat für Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik des AStA eine Mail

schicken (hopo@asta-bochum.de) und erhalten über einen Verteiler zukünftig alle weiteren Informationen.

Georg (B.I.E.R.) fragt zu metropolradruhr Statistik. Hier fehlten die Daten wie viele Leute den Tarif unter einer Stunde nutzten. Der Liste fehle die Differenzierung wie viele Leute von dem Studietarif wirklich profitieren.

Tim (Jusos) bittet darum die Frage kurz zuzumailen.

Michael (B.I.E.R.) fragt ob der die Statistiken digital bekomme, oder nur ausgedruckt. Tim habe das zwar angekündigt, diese aber noch nicht rumgeschickt.

Uli (:bsz) frag ob die FahrradrückführerInnen einen Mindestlohn bekämen.

Tim (Jusos) erklärt, die Mitarbeiter bekämen mindestens 8,62 Euro pro Stunde.

Denise (B.I.E.R.) fragt nach dem TOP ‚Bericht des AKAFÖ Verwaltungsrates‘. Sie habe in einer Cafete gesehen, dass das AKAFÖ beziehungsweise die Peronalfirma des AKAFÖ Leute für das Q West suche. Diese sollten bei 16 Stunden auf 450 Euro Basis arbeiten, das sei ein Lohn unter 7 Euro pro Stunde. Sie finde das bedenklich.

Simon (Jusos) werde da nachfragen. Er sehe es so, dass viele Mitarbeiter aus dem Subunternehmen Campus & More wieder zum AKAFÖ rücküberführt werden. Die Verwaltungsratssitzung laufe parallel jetzt gerade. Das sei ungünstig, aber wer werde auf jeden Fall nochmal nachfragen.

Sebastian (GHG) sagt, der Finanzreferent habe der :bsz gesagt der Titel Druckkosten habe eine Deckungsvermerk. Dieses Argument kam jedoch nicht einmal in der Diskussion auf der letzten SP-Sitzung. Er will wissen, wieso Simon das nie gesagt habe.

Simon (Jusos) sagt, er habe das nicht gesagt, weil da nie nach gefragt wurde. Er sehe darin jedoch kein Fehlverhalten, er erwarte, dass sich alle Parlamentarierinnen gut auf solch eine wichtige Diskussion vorbereiteten. Im Sinne der Haushaltswahrheit und Klarheit habe man den Titel selbstverständlich angepasst.

Sebastian (GHG) fragt, warum der Topf sonstige Veranstaltungen erhöht wurde.

Simon (Jusos) sagt, der Titel wurde nicht, das sei ihm neu.

Sebastian (GHG) fragt, ob der Haushalt vorher nicht wahr und klar war.

Simon (Jusos) sagt, dies sei ganz klar nicht der Fall, man habe vieles gedruckt und ein Deckungsvermerk sei eher eine haushalterische Maßnahme.

Jorret (SWIB) fragt, ob jemand die :bsz noch verteile. Er selbst habe schon länger keine :bsz mehr gesehen.

Simon (Jusos) sagt, es sei so, dass nachdem die Onlineausgabe online gegangen sei, ein Veto aus der Redaktion kam, die Ausgabe diesmal nicht auszuteilen. Bei

Nichteinigung müsse der AStA eine Einigung herbeiführen. Dies habe man, die Ausgabe wurde also zunächst nicht verteilt. Sie werde jedoch noch verteilt werden, unter der Maßgabe, dass die dann aktuelle Ausgabe mitverteilt werde. Darin gebe es dann unter anderem ein korrigiertes Impressum und eine größere Stellungnahme des Herausgebers.

Uli (:bsz) sagt es werde eine Stellungnahme des Herausgebers auf der Titelseite geben. Er finde es bedauerlich, dass in dem Artikel sogar intendiert war einen Shitsorm zu erzeugen. Es war also gewollt die emotionalen Wogen so hoch schlagen zu lassen. Er selbst habe das Veto eingelegt, auch um den Schaden für den Herausgeber zu begrenzen.

Applaus im Plenum.

Uli (:bsz) führt weiter aus, er finde es sehr problematisch, wenn so ein Artikel erscheine. Er finde es weiterhin persönlich schwer damit umzugehen. Er finde es wichtig politisches Augenmaß zu wahren, es sei aber auch schwierig so weiterzuarbeiten. Er befinde sich da in einem persönlichen Klärungsprozess. Er bitte das Kollektiv Redaktion hier differenziert zu betrachten. Er finde es auch gut, dass klare Onlinekommentare erfolgt seine. Es sei dann einfacher da Bewegung hereinzubringen.

Applaus im Plenum.

Maxi (Julis) fragt, ob Tim doppelt so viele Studies ans Rad bekommen müsste, damit sich der Beitrag amortisiere. Aus finanzieller Sicht.

Tim (Jusos) habe das nicht komplett im Kopf. Man könne das Projekt aber nicht rein unter wirtschaftlichen Aspekten bewerten.

Philipp (Piraten) werde vorschlage genau das, die Bewertung, bei der Urabstimmung den Studies zu überlassen. Sie könnten die entscheiden, ob sich das lohne oder nicht.

Sebastian (GHG) sagt, seine Liste habe schon vor einiger Zeit das Thema RUB-Motorsport angesprochen. Er wolle wissen, ob der AStA heute sagen könne, was mit dem Geld passiere.

Tim (Jusos) sagt, das sei kein Problem. Man könne einfach auf die Homepage des AStA gehen und das dort nachlesen. Es stehe von allen Beteiligten wer wofür Geld beantrage. Es gebe sogar eine extra Seite mit den Initiativen wo die Beträge genau aufgeschlüsselt seien. Sebastian könne das auch selber nachgucken. Dass sei keine Info die man unbedingt vom AStA benötige. Durch ein klein wenig Eigenrecherche könne man das selber erfahren. Der AStA verweise ganz besonders auf die vielen Protokolle.

Sebastian (GHG) sagt, genau das habe man gemacht. Dieser AStA habe RUB-Motorsport Geld gegeben um Autoteile zu finanzieren. Das sei vom AStA nie klar gesagt worden. Er finde das bedenklich. Im Nachhinein sei die Kritik der GHG somit gerechtfertigt, denn das sei nicht im Sinne der Studierenden.

Matthias (GEWI) sagt, er habe das schon bei seiner Kandidatinnen-Befragung am Anfang des Jahres ausgeführt und auch solche Fragen erläutert. Es sei also unwahr was Sebastian dem AStA hier vorwerfe. Man habe das nie verschwiegen.

Sebastian (GHG) fragt, wie die erste PM zur Jura-Prügelei zu Stande kam. Er wolle wissen, wie der Entstehungsprozess verlaufen sei.

Tim (Jusos) sagt, wie der AStA sich intern gestalte sei Thema des AStA. Die PM sei durch den AStA legitimiert. Nicht nur durch einzelne Personen. Das sei ausreichend.

Sebastian (GHG) fragt, ob der AStA besagte Videos die im Netz kursieren vorher kannte.

Tim (Jusos) fragt woher der AStA die kennen solle.

Sebastian (GHG) fragt, ob sich für den AStA dadurch neue Erkenntnisse gegeben habe.

Tim (Jusos) sagt Sebastian möge die Frage konkretisieren.

Sebastian (GHG) sagt, er glaube, der AStA kannte die Videos vorher nicht und er wolle wissen, ob das Kennen der Videos zu einer Erkenntnis führte, die eine Korrektur der Meinung erzeugten.

Tim (Jusos) sagt, das merke man schließlich an der zweiten PM. Dort sei differenziert dargestellt, was Sache sein. Auf der Homepage der GHG habe er auch einen Kommentar geschrieben. Der Artikel der GHG sei unterirdisch. Dort merke man deutlich welcher Kindes Geist in dem Schreiber unterwegs war.

Sebastian (GHG) fragt, ob auch die Plakate die an den AStA Säulen klebten von der Verwaltung entfernt lassen worden sind.

Tim (Jusos) sagt, er habe mit dem Pressesprecher der Verwaltung darüber gesprochen. Die Verwaltung der Säulen unterstehe klar dem AStA. Es sei abgesprochen worden, dass die dann verschwinden, wenn sie im ganz normalen Zyklus überplakatiert werden. Die Durchführung betrieb eine externe Firma und wenn an den Säulen Hand angelegt wurde, dann sei das nicht abgesprochen. Also entweder sei das nicht so gewesen, die Plakate wurden eigenmächtig entfernt, oder sie wurden wirklich, einfach, überplakatiert.

Philipp (Piraten) fragt, ob während der SP-Wahl nur die AStA Listen oder auch die Opposition auf den Säulen plakatieren dürfe.

Tim (Jusos) sagt, da gebe es eine Nutzungsordnung, das könne man auch nachlesen. Das Plakatieren dort sei für alle Listen die zur Wahl antreten offen.

Matthias (GEWI) sagt, damit Initiativen und Fachschaftsräte überhaupt eine Chance hätten gesehen zu werden könne man vereinbaren die Säulen frei zu lassen.

Sebastian (GHG) sagt, es gebe ja nun auf dem Kalwes die Verbesserungen, weil die GHG in ihrer Fraktion darauf gedrungen habe. Er wolle wissen, warum der AStA das selbst nicht geschafft habe.

Tim (Jusos) sagt, man habe das natürlich sowohl AStA als auch als Juso-HSG getan. Die GHG habe garantiert auch den Beitrag geleistet, aber dass es ausschließlich auf Engagement der GHG zurückgehe und nur die habe so gekämpft und alles durchgeboxt sei Selbstgeilheit und faktisch völlig falsch. Jeder wisse, dass im Stadtrat auch andere Fraktionen sitzen und man habe das als AStA auch mit dem FLR zusammen gemacht. Auch die GHG habe hier mal was geleistet. Aber sie waren garantiert nicht die einzigen.

Sebastian (GHG) der GHG sei sehr wichtig, ob der AStA sich intensiv mit den Konsequenzen und Veränderungen durch das HZG beraten habe.

Tim (Jusos) sagt man arbeite sehr intensiv an diesem Thema. Man habe viel auch mit anderen Akteuren diskutiert. Er möchte davon absehen hier dazu zu beraten, gerne in einem eigenen TOP, das sei ein sehr umfassender Punkt. Es sei deutlich gemacht worden, dass auch die GHG noch wichtige Punkte habe, aber da könne man heute besser von absehen. Man habe noch Zeit bis Januar.

Sebastian (GHG) nehme das Angebot gerne an. Man habe die Zeit jetzt und sehe die Thematik als wichtig an.

GO-Antrag von Simon (Jusos) auf neuen TOP 7 weitere Berichte des AStA und Anfragen. Hinter TOP 6 möge der Rest gemäß der alten Reihenfolge angepasst werden.

TOP 6 Information zu gerichtl. Verfahren der Studierendenschaft (NICHTÖFFENTLICH)

Es verbleiben nur AStA-Vorstandsmitglieder, HHA-Mitglieder und Parlamentarierinnen, sowie RA Her Schmitz im Sitzungsraum.

Zusammenfassung:

Herr Schmitz (RA) berichtet über das gelaufenen Verfahren. Es werde noch Wochen bis zum schriftlichen Urteil brauchen.

Es wird über das weitere Vorgehen beraten. Der AStA wird hierzu dem SP einen Vorschlag unterbreiten.

Simon (Jusos) habe noch eine persönliche Anmerkung. Er könne verstehen, wenn man damit Wahlkampf machen wolle. Das sei auch bereits oft passiert. Er würde dann darum bitten auf Namensnennungen zu verzichten. BILD habe da sehr ausführlich drauf rumgeritten. Es sei ein Appell an die menschliche Güte.

TOP 7 weitere Berichte des AStA und Anfragen

Die Öffentlichkeit ist wieder zugelassen.

Sebastian (GHG) sagt der AStA habe sich konsequent mit dem HZG auseinandergesetzt. Der AStA habe auch den Brief des Rektorats erhalten, er wolle wissen, ob der AStA das Vorgehen des Rektorats in Ordnung finde.

Matthias (GEWI) sagt man habe auf dem LAT keinen Konsens zu §5 gefunden. Zu §6 habe man einen, wenn schon das Land mehr Rechte bekomme, dann solle konsequenter Weise auch die Lehre weiter verbessert werden.

Sebastian (GHG) sagt, der AStA sehe also keine Veränderung dadurch, dass die Landes-Rektorenkonferenz keine Stellungnahme abgebe.

Matthias (GEWI) sagt, der AStA habe sich selbst mit dem Gesetz beschäftigt, nicht so sehr mit dem Rektorat.

Sebastian (GHG) fragt, wie der AStA zur Nichtabschaffung der Hochschulräte stehe.

Matthias (GEWI) sagt, man habe das generell ablehnend formuliert. Außerdem sei man hier für eine komplette Geschlechter-Parität.

Sebastian (GHG) fragt, ob der AStA sich für oder gegen die Hochschulräte ausgesprochen habe.

Kathrin (Jusos) sagt, man habe sich wie immer, weiterhin dagegen ausgesprochen.

Sebastian (GHG) fragt wie der AStA zur Viertel-Parität stehe. Ob man das auf dem LAT entschieden habe.

Matthias (GEWI) sagt, ja habe man.

Sebastian (GHG) fragt, ob der Senat gegenüber dem Präsidium gestärkt werden müsse. Der Gesetzentwurf lasse viel Spielraum Interpretation.

Matthias (GEWI) dazu explizit habe man auf dem LAT nicht beraten, der Senat gegenüber Hochschulräte müsste gestärkt werden.

Dirk (Sprecher) fragt, ob Matthias das HZG als nicht so wichtig ansehe, dass er einen schriftlichen Bericht dazu verfassen wolle.

Matthias (GEWI) sagt, das habe er zugesagt und er sei dazu bereit.

Dirk (Sprecher) würde sich das wünschen.

Uli (:bsz) habe eine Terminfrage. Die Möglichkeit der Äußerung laufe, seines Wissens nach, am 7.1. ab. Er fragt wie der Beratungsgang dann weitergehe.

Matthias (GEWI) sagt, von einer Fristverlängerung sei ihm nichts bekannt. Der weitere Gang auch nicht.

Sebastian (GHG) fragt, wie der AStA es sehe, dass es ein studentisches Präsidiumsmitglied geben solle. Sei das zu viel oder zu wenig?

Matthias (GEWI) sagt dazu gab es keinen Konsens auf dem LAT.

Tim (Jusos) fragt Sebastian wie viele Fragen er noch habe. Er finde das hochgradig spannend und die GHG sei immer sehr gut vorbereitet bei solchen Dingen. Man könne sich mit dem Referat in Verbindung setzen und bilateral die der GHG wichtigen Punkte aufnehmen. Ihm erschließe sich nicht was bezweckt werde. Es gebe bisher keine Änderungswünsche. Man rede über Meinungen.

Sebastian (GHG) sagt Oktober 2014 sei ein schönes Datum. Die Landtagsfraktionen hätten sich in den Kopf gesetzt das zu beschließen. Das solle also schnell beschlossen werden. Er wolle das jetzt im Parlament wissen. Am 7., 8., 9. sei es zu spät. Er könne nichts dafür, dass die Urabstimmung erst jetzt erst beschlossen werde. Das sei nicht Sache der GHG. Die Studierendenschaft habe ein Recht sich damit zu beschäftigen.

Dirk (Sprecher) freue sich sehr, dass die Opposition ihr Recht wahrnehme. Er könne aber nicht nachvollziehen, warum die Anfrage-Möglichkeit nicht genutzt werde und die GHG die früher üblichen Methoden des bilateralen Austauschs nicht nutze. Diskussionen über einzelne Sätze machten hier keinen Sinn. Dafür stelle man keine Anfragen, sondern könne sich bilateral absprechen. Eine geordnete Diskussion sei so nicht möglich.

Sebastian (GHG) sagt hier sollte keine Diskussion stattfinden. Er stelle nur satzungsgemäße Anfragen an den AStA. Matthias habe sich schließlich vorbereitet. Er stelle die Anfragen in den TOP wo das nötig sei. Er habe das Recht und er tue das. Es werde halt schlecht gehandhabt, wenn es eine so lange Tagesordnung gebe.

Dirk (Sprecher) verbitte sich das „wir“. Er stelle alles auf die TO was an ihn gerichtet werde, so wie es die Satzung vorsehe.

Maik (Gremienberatung) sagt, man habe auf der Letzen Senatssitzung beschlossen, dass man eine Fristverlängerung benötige. Er wisse nicht, ob das Land sich darauf einlasse. Man könne erst im Februar anfangen etwas vorzubereiten.

Sebastian (GHG) wundere sich, dass das Land neuerdings Gesetze nicht verabschiede aufgrund eines Senatsbeschlusses.

Simon (Jusos) sagt man sei bei Anfragen an den AStA. Man könne Anfragen aber der AStA habe auch das Recht zu antworten. Sonst stehe das morgen verzerrt auf irgendwelchen Websites. Das solle schließlich schon vorgekommen sein. Man gebe alle Antworten und wenn diese ordentlich und ausführlich erfolgen sollen, dann gebe man diese schriftlich.

Matthias (GEWI) könne sich auch vorstellen die Debatte hier zu beenden.

Sebastian (GHG) sagt, für die GHG stelle sich das Gesetz als sehr wichtig da. Eines der wichtigsten Gesetze die nun und in Zukunft beschlossen würden. Die GHG habe

gerade schon einmal zu Gunsten der TO die Fragen zurückgestellt. Er sehe es so, dass das Hopo vorbereitet sei und alles ausführlich bearbeitet habe.

Simon (Jusos) sagt, es sei natürlich ein sehr wichtiges wichtiges Gesetz. Und weil teilweise schon über einzelne Formulierungen, die öffentlich getätigt wurden oft und lange im Parlament gestritten wurde könne er gut verstehen, dass Referentinnen sich absichern wollen und nur schriftlich antworten mögen.

Jorret (SWIB) bittet darum alle Fragen und Antworten an alle zu senden.

Dirk (Sprecher) werde selbstverständlich alles weiterleiten.

Sebastian (GHG) finde es eine Frechheit, dass das angekündigt wurde und zugestimmt wurde und dass nun verschoben werden solle. Er habe noch etwa 42 Fragen und er finde es eine Frechheit.

Simon (Jusos) nehme es zu Kenntnis, dass es eine Frechheit sei. Das andere die Meinung des AStA aber nicht.

Michael (B.I.E.R.) wolle ein konkreten Zeitrahmen genannt haben. Er habe die Erfahrung gemacht, dass Anfragen die schnell zu beantworten seien auch schon mal länger gebraucht hätten.

Simon (Jusos) sagt Sebastian halte es für eine Frechheit, dass es nun keine Antworten gebe. Wenn man vernünftige Antworten wolle halte er es für eine Frechheit, dass man nun 49 Anfragen so ad hoc stelle und erwarte eine genaue mündliche Antwort zu erhalten.

Sebastian (GHG) glaube es an die Arbeit des Referates. Er glaube dass alle Fragen beantwortet werden könnten. Und wenn der AStA der Meinung sei das Anfragen hier nicht hingehören oder glaube dass sein Referat nicht gut arbeite, sei das sehr traurig.

Dirk (Sprecher) habe bereits mehrmals aufgefordert zu fragen. Wenn nun nicht fortgefahren werde, werde er zum nächsten TOP weitergehen.

Sebastian (GHG) fährt fort:

Hat der AStA sich intensiv mit den Konsequenzen und Verbesserungen für die Studierendenschaft und RUB beim Hochschulzukunftsgesetz beschäftigt?

Matthias (GEWI) sagt das habe man.

Forderungen der Landesastenkonzferenz, das allgemeinpolitische Mandat der Asten im Hochschulgesetz expliziter auszugestalten wurden von der Landesregierung nicht verwirklicht.

Insbesondere die Stellungnahme der Asten zu gesellschaftspolitischen Fragen seien laut LAK für dessen Arbeit unerlässlich. Wie seht ihr das?

Matthias (GEWI) sagt es gebe da Probleme mit einem Verfassungsgerichtsurteil, man könne das allgemeinpolitische Mandat nicht so einfach umsetzen.

Wird der AStA auch an unserer Universität für die im HZG festgeschriebene Zivilklausel einstehen? Wird der AStA sich dafür einsetzen das die Zivilklausel im HZG bleibt?

Matthias (GEWI) sagt im Gesetz sei keine Zivilklausel enthalten. Es sei eine Friedensklausel.

Als GHG fordern wir ja bekanntlich ein Hochschulforschungsinstitut, um die wissenschaftliche Begleitung der Hochschulentwicklung zu stärken und die Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Akteuren zu verringern. Wie sieht der AStA bzw. die LAT das?

Matthias (GEWI) sagt das LAT habe sich nicht mit Forderungen der GHG beschäftigt.

Sebastian (GHG) fragt ob sich beim LAT nicht mit den grün geführten Asten ausgetauscht wurde.

Matthias (GEWI) sagt diese waren anwesend, es wurde nicht über konkrete grüne Forderungen gesprochen. Man war im Konsens dafür, dass die Hochschulfinanzierung weiter ausgebaut werden müsse und die Forschung unabhängig von der Wirtschaft zu gestalten sei.

Wird unser AStA signalisieren, dass die Geschlechterparitätische Aufstellung von Wahllisten und Gremien gut und richtig ist?

Matthias (GEWI) sagt man war beim LAT konsensual dafür.

Wieso fordert der AStA nicht mehr interdisziplinäre Studienbedingungen. Kommuniziert ihr diese Forderung an das Rektorat?

Kathrin (Jusos) fragt woher man die Information bei der GHG habe, dass das nicht der Fall sei.

Wie versteht der AStA die im HZG geforderte Viertelparität?

Kathrin (Jusos) sagt da sei man sehr klar und eindeutig.

Wie steht der AStA zu den Quotierungsregelungen im HZG?

Matthias (GEWI) sagt da gebe es einen Konsens.

Sieht der AStA die Verantwortung bei der Studierendenschaft darauf zu achten, dass Beispielsweise Universitäten gute wissenschaftliche Praxis gewährleisten?

Matthias (GEWI) sagt diese Verantwortung liege bei der Uni.

Laut HZG sollen Hochschulen Lehrangebote in Form von elektronischer Information und Kommunikation entwickeln. Was bedeutet die für die RUB?

Matthias (GEWI) sagt hier befinde man sich auf einem guten Weg.

Die Hochschulen fördern die regionale, europäische und internationale Zusammenarbeit, insbesondere im Hochschulbereich, und den Austausch zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen; sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse ausländischer Studierender. Dies verstößt ja ganz klar gegen Ziele der AfD und anderer rechtspopulistischer Parteien. In der Vergangenheit gab es hier ja die Meinung es gehöre nicht an den Campus. Jetzt gehört das Thema hierher, denn es steht so und in dieser Form im Entwurf des neuen Gesetzes dem dann auch dieses Parlament verpflichtet sein wird.

Matthias (GEWI) sage aus Höflichkeit besser nichts.

Beurlaubte Studierende oder Zweithörer dürfen nach dem HZG ja bekanntlich Prüfungsleistungen erbringen. Wie bewertet der AStA diese Entwicklung?

Matthias (GEWI) habe da andere Informationen und müsse das erst nochmal nachlesen.

Laut HZG können Personen die eine übertragbare Krankheit haben vom Studium ausgeschlossen werden. Hält der AStA dies ähnlich wie wir grundsätzlich für falsch? Ein Begriff wie „erheblich“ ist nicht abgrenzend definiert.

Matthias (GEWI) sagt in diesem Punkt wurde man leider nicht abschließend über alles informiert worden. Der Paragraph sei schlecht, aber weniger scharf formuliert als im aktuellen Gesetz.

Philipp (Piraten) fragt welche Krankheiten das einschließe.

Kathrin (Jusos) sagt das sei nirgendwo genauer definiert.

Philipp (Piraten) sagt das sollte zumindest genauer definiert werden.

Matthias (GEWI) sagt es gebe auch verschiedene Versionen dieses Abschnittes, das sei ein zusätzliches Problem.

Tierschutz ist ja jetzt grundsätzlich im HZG enthalten. Ist auch dieser AStA für den Tierschutz und für Tiertötungsfreie Lehrmethoden?

Matthias (GEWI) sagt da sei man konsensual dafür.

Teil 10 §76 regelt die Aufsicht bei eigenen Aufgaben und trifft neue Definitionen von Unterlassungen. Dies scheint für die AStA-Deutschkurse evtl. neue Regelungen zu treffen. Sieht der AStA Handlungsspielraum?

Moritz (Jusos) sagt dazu werde man schriftlich antworten.

Viele Studiengänge haben Module, diese sind jedoch oft mit mehr als einer Abschlussprüfung belegt. Dies wird jedoch im HZG abgelehnt. Wird der AStA das Rektorat darauf aufmerksam machen?

Kathrin (Jusos) sagt man werde hier selbstverständlich auf das Einhalten geltender Gesetze pochen.

Laut HZG Kapitel 2 §53Absatz (3) gilt wie auch schon derzeit „Die studentischen Vereinigungen an der Hochschule tragen zur politischen Willensbildung bei“ Sieht der AStA darin auch die Diskussion über und mit Studierende in Ämtern der verfassten Studierendenschaft die für politische Parteien Ziele verfolgen?

Moritz (Jusos) sagt hier werde man schriftlich antworten.

Hat der AStA mit dem Rektorat über das HZG gesprochen?

Matthias (GEWI) sagt das habe man noch nicht.

Wird der AStA (weitere) Gespräche mit dem Rektorat bzgl. des HZG führen?

Moritz (Jusos) sagt das werde man noch tun.

Ist der AStA für oder gegen den jetzigen Entwurf des HZG?

Matthias (GEWI) sagt das könne man so pauschal nicht sagen.

Moritz (Jusos) sagt das sei eine Frage der Gewichtung.

Kathrin (Jusos) sagt es gebe viele Verbesserungen.

Hat der AStA bei der LAT aktiv mitgearbeitet? Wurden Anträge verfasst? Hat die LAT eine Stellungnahme an das Ministerium zum HZG abgegeben?

Matthias (GEWI) sagt Anträge gab es grundsätzlich nicht auf diesem LAT. Der RUB AStA habe aktiv mitgearbeitet. Eine Stellungnahme werde noch erarbeitet.

Wie sieht der AStA die ablehnende Stellungnahme des Rektorats bzgl. der Leistungszielvereinbarungen zwischen Land und Universität.

Matthias (GEWI) sagt das habe er bereits beantwortet.

Ist der AStA der Meinung das, dass Rektorat alleine und ohne staatliche Kontrolle allein eine gute solide und qualitative Lehre und Forschung anbieten kann und gewährleistet, und dass die Studierendenschaft davon profitiert.

Matthias (GEWI) sagt das habe er bereits beantwortet.

Sebastian (GHG) wolle wissen, ob man aneinander vorbei rede. Man möge bitte nicht HZG mit ZLV vermischen.

Simon (Jusos) sagt um so etwas zu vermeiden meiden sei Schriftlichkeit viel besser.

Sebastian (GHG) bedanke sich für die Ausführlichkeit. Das Referat habe schon viel gute Arbeit geleistet. Er nehme zur Kenntnis, dass Vorsitz und Finanzer das Plenum verließen.

Uli (:bsz) sagt, der Kassenwart koste etwa so viel, wie alle 5 Jahre eine Mensa-Party. Er wolle wissen, ob der AStA den Unsinn verhindern was man dafür tue.

Matthias (GEWI) sei gegen diesen Kassenwart und stelle sich auch entschieden dagegen. Es seien alle ASten dagegen. Der erste Schritt sei das in allen Stellungnahmen einfließen zu lassen und abzuwarten.

Weitere Anfragen sind schriftlich eingegangen:

Was hält der AStA von dem Brief der Landesrektorenkonferenz?

Wie steht der AStA zur fehlenden Abschaffung der Hochschulräte sowie die Transferierung derer hochschulinternen Kompetenzen, v.a. des Haushaltsrechts, an die Akademischen Senate im HZG?

Wie sieht der AStA die Bestrebungen zur Viertelparität in akademischen Gremien?

Müssen Akademische Senate gegenüber dem Präsidium gestärkt werden? Was steht dazu im HZG?

Wie sieht der AStA die Entwicklung, dass jeweils ein Studierender oder eine Studierende nicht hauptberufliches Mitglied des Präsidiums werden kann?

Sind analoge Regelungen nicht auch auf Fachbereichsebene sinnvoll?

Wie befindet der AStA die fehlende Entwicklung für Informationsrechte für gremienaktive Studierende?

Fehlt dem AStA ein Passus zur Anerkennung der Gremienarbeit von Studierenden?

Eine Zivilklausel steht im Entwurf des HZG, das bedeute auch keine Bundeswehr auf dem Campus. Wie sieht der AStA konkret die Bundeswehr auf unserem Campus?

Die Frage zur Bundeswehr auf dem Campus ist uns wichtig, denn wenn der AStA hierzu keine Meinung hat, dann können wir nicht glauben, dass er sich für eine Zivilklausel im HZG und an der RUB einsetzt.

Wie sieht der AStA bzw. die LKA die Grundfinanzierung der Hochschulen im HZG gesichert?

Der GHG fehlt entsprechende Regelung, unserer Ansicht nach wird zu viel auf Drittmittel zur Qualität und Umfang von Lehre gesetzt. Wie seht ihr als AStA und beteiligtes Mitglied bei der LAT?

Zur Finanzierung der Hochschulen gehören auch Unterhaltungskosten z.B. Heizkosten. Wie wird dies im derzeitigen HZG berücksichtigt? Wie beurteilt die LAT dies?

Für die RUB in diesem Zusammenhang gibt es einige interessante Aspekte zu Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Werden ökologische Standards bei der Finanzierung berücksichtigt werden? Ist dies im Gesetz verankert?

Im HZG findet sich eine Transparenzpflicht, aber keine genaue Definition. Wurde auf der LAT darüber diskutiert? Wie seht ihr als AStA da Möglichkeiten?

Kann der AStA zur Transparenz beitragen und den RUB-Studierenden die wichtigsten Punkte und Änderungen im HZG mitteilen? Damit diese ihre Rechte kennen und nutzen?

Wird der AStA versuchen das Rektorat zum Zustimmung zum HZG zu bewegen?

TOP 8 2. Lesung Änderung Sozialbeitragsordnung

Simon (Jusos) sagt, Normenwahrheit und Normenklarheit sei nicht gegeben, wenn man eine „Wenn“-Formulierung in der Ordnung nutze. Er habe sich daraufhin mit Rektorat und Verwaltung zusammengesetzt und man habe den Beitragseinzugbeginn so gelegt, dass hier nun alle Beiträge schon stünden und man habe genug Zeit zwei Sitzungen zu machen um mit Rektoratseilbeschluss das noch umzusetzen. Man gehe davon aus, dass es wahrscheinlicher sei, dass zugestimmt werden als andersherum.

Denis (B.I.E.R.) sei sich nicht sicher, ob das der Studierendenschaft in ihrer Meinungsfindung reinrede und das man das reinschreibe bevor auch nur ein Kreuz gemacht sei.

Simon (Jusos) sagt nein.

Tim (Jusos) führt weiter aus, dass man auch Treffen mit der Opposition hatte und dort habe die signalisiert, dass man das positiv sehe.

Michael (B.I.E.R.) widerspricht dem. Man habe konstruktiv mitgearbeitet, nicht zugestimmt.

Tim (Jusos) sagt zumindest kam kein Widerspruch.

Die Liste B.I.E.R. beantragt 5 Minuten Fraktionspause. Fortsetzung der Sitzung um 18:37 Uhr.

Änderungsantrag von Denise (B.I.E.R.):

Das Studierendenparlament möge beschließen die Beiträge für die sog. Theaterflat und das metropolradruhr-Projekt, in dem vorliegenden Antrag in den Punkten 1.3 und 1.4 zu finden, nicht zu beschließen.

Das Studierendenparlament hat sich in den vergangenen Sitzung konsensual darauf geeinigt, den Studierenden die Entscheidung zu überlassen. Es ist aus unserer Sicht verwirrend für die Studierenden, wenn das Parlament die Sozialbeitragsordnung schon vor deren Votum ändert. Darüber hinaus steht der Betrag für das metropolradruhr-Projekt laut eigenen Aussagen des AStA-Vorsitzenden noch gar nicht fest, d.h. die Verhandlungen laufen noch. Das Argument, bei einem für die Studierendenschaft positivem Verhandlungsergebnis von einem geringeren Beitrag als 1.50 Euro pro Semester und Studierenden sei durch die Rückmeldefristverschiebung auf den 15.02.2014 eine Sozialbeitragsänderung zwischen dem 20.01. und dem 15.02.2014 noch gut möglich, möchten wir eher grundsätzlich anwenden. Wir empfehlen dem Studierendenparlament, die Sozialbeitragsordnungsänderung komplett erst nach den Urabstimmungen zu beschließen.

Georg (B.I.E.R.) sagt es sei auch noch gar nicht klar, ob die Fahrräder bis Mai zu Verfügung stünden.

Tim (Jusos) sagt man habe man einen Passus im Vertrag dass dann weniger gezahlt werde.

Georg (B.I.E.R.) fragt, wenn dann weniger gezahlt werden könne, was dann passiere.

Simon (Jusos) sagt man könne nicht in einer Sozialbeitragsordnung einen Zustand berücksichtigen der erst am 1. April 2014 feststehe. Das sei technisch nicht möglich. Es gehe faktisch nicht.

Christine (NAWI) fragt warum der AStA der Meinung sei, dass die Sozialbeitragsordnung jetzt schon geändert werden solle und nicht erst zum Wintersemester.

Tim (Jusos) halte einen nahtlosen Übergang für wichtig. Er wolle kein Semester verschenken. Die Lösung sei technisch machbar.

Michael (B.I.E.R.) sagt, auch wenn im Januar die Zahl nicht nicht feststehe sei das immer noch zeitlich näher als heute. Man wolle erst die Studierenden fragen und dann die Sozialbeitragsordnung anpassen.

Martin (NAWI) sagt es sei für einen Studierenden einfacher sich auf einen etwas höheren Beitrag einzustellen, als nachher mehr Geld aufbringen zu müssen. Da könne man sich dann lieber freuen, wenn es etwas zurückgebe.

Georg (B.I.E.R.) wolle lieber abwarten und nichts aus dem blauen Dunst beschließen.

Philipp (Piraten) sagt, da die Studies das schon nutzen können müsse eine Beitragszahlung schon erfolgen.

Georg (B.I.E.R.) sagt, das sei erst nach der Urabstimmung erforderlich.

Tim (Jusos) sagt, die Liste B.I.E.R. wolle also im Januar/Februar 3 Marathonsitzungen am Stück machen. Während der Koalitionsverhandlungen, in den Ferien. Es sei sinnvoller das wahrscheinlichere zu machen. Das sei auch die Frage der Abwägung. Es gebe hier viele Listen, die das Projekt gut finden und die das Projekt pushen möchten.

Denise (B.I.E.R.) sagt es sei einfach so, dass man hier im Parlament was beschließen wolle bevor die Studierenden beschlossen habe. Man benötige im Übrigen nur zwei Sitzungen um das zu ändern.

Dirk (Sprecher) sagt man benötige auf jeden Fall drei Sitzungen, da in der ersten Sitzung keine weiteren TOP möglich seien.

Denise (B.I.E.R.) sagt die Wahlbeteiligung sei niedrig genug. Es werde viel Input geben und sie möchte es so transparent wie möglich halten. Man wolle den Studies nichts vorweg nehmen. Man habe nun alle Argumente ausgetauscht.

Georg (B.I.E.R.) wolle feststellen, dass das nicht so klar sein, das das alles glatt durchlaufe. Man könne das auch andersherum sehen.

Sebastian (GHG) sagt seine Liste werde sich enthalten. Man habe festgestellt, dass der AStA-Vertrag sehr positiv zu bewerten sei. Die GHG sei für das Projekt. Sie sehen es wie der AStA-Vorsitz. Man müsse es nicht soweit ziehen und es eventuell sogar etwas zu weit ziehen, das das Projekt nicht starten könne. Er finde den Antrag von Denise nicht nötig. Er sehe aber auch die Begründung des Antrages. Das sei ein gutes Projekt.

Änderungsantrag:

2 Ja

9 Enthaltungen

Rest Nein

Go-Antrag alle zusammen abzustimmen von **Simon (Jusos)**.

Formale Gegenrede.

26 Ja

3 Nein

3 Enthaltungen

Alle Punkte (1-4):

26 Ja

3 Nein

3 Enthaltungen

TOP 3. Lesung Änderung Sozialbeitragsordnung

Denise (B.I.E.R.) wolle sagen, dass Jusos oder GHG das Projekt gut finden habe nichts mit der Sozialbeitragsordnung zu tun gehabt. Sie finde es sehr schade, dass hier was vorweg genommen werde. Sie dachte das werde anders laufen.

Tim (Jusos) finde es traurig, dass es in diesem Hause eine Liste gebe, die nicht unterscheiden könne zwischen eine Grundsatzentscheidung und einer formal notwendigen.

Michael (B.I.E.R) möchte dem widersprechen. Es sei nicht an dieser Stelle notwendig. Das könne auch später erfolgen.

Tim (Jusos) sagt, es gebe auch einen Vorteil, wenn man den Sozialbeiträgen früher bezahle, als wenn man sich in Zwänge begeben.

Sebastian (GHG) sagt die GHG denke, dass die Wählerinnen der GHG dem Projekt zustimmen werde. Die GHG empfehlen es ausdrücklich. Die Liste könne deswegen zustimmen, weil man davon ausgehe, dass die Wählerinnen das Projekt unterstützen.

Abstimmung:

27 Ja

3 Nein

1 Enthaltung

TOP 9 Entlastung AStA des 44 Studierendenparlamentes (2011/12)

Kolja (Jusos) und **Mike (NAWI)** verlesen das HHA-Votum.

Es wurde bei zwei Enthaltungen einstimmig verabschiedet:

Weder das 45. noch das 46. Studierendenparlament (SP) haben § 23 Abs. 3 der Geschäftsordnung des SP (GO) in Anspruch genommen und keine Kassenprüferinnen bestellt. Nach §16 Abs. 2 Satz 2 der Satzung der Studierendenschaft (SdS) ist die Prüfung des Rechnungsergebnisses damit Aufgabe des Haushaltsausschusses des SP (HHA). Der Haushaltsausschuss des 45. SP hat sich auf seinen Sitzungen von Oktober 2012 bis Januar 2013 mit der Prüfung des Haushaltsjahres vom 1.3.2011 bis zum 29.2.2012 beschäftigt (s. Protokolle, Anlagen). Er ist mehrheitlich zu dem Schluss gekommen, die AStA-Vorsitzende und den Finanzreferenten des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) des 44. SP nicht zu entlasten. Das 45. SP hat das Votum des HHA und den Bericht über die Prüfung nicht behandelt. Da eine Prüfung durch das Studierendenparlament erfolgen muss (§23 Abs. 1 HWVO) fällt diese Aufgabe nun dem 46. SP zu. Der HHA des 46. SP hat die Protokolle der Prüfung und Anlagen des HHA des 45. SP zur Kenntnis genommen und teilweise überarbeitet und ergänzt. Das Ergebnis wird im Folgenden mitgeteilt. Dies stellt die Niederschrift über die Jahresabschlussprüfung gemäß § 23 Abs. 5 HWVO NRW dar, sie ist innerhalb der Studierendenschaft zu veröffentlichen und dem Rektorat zur Kenntnisnahme zuzuleiten.

Das Rechnungsergebnis für das Haushaltsjahr 2011/12 wurde mit dem Haushaltsplan der Studierendenschaft für das Haushaltsjahr 2013/14 veröffentlicht und vom SP festgestellt.

Der HHA hat, auf Grundlage der Prüfungsergebnisse des HHA des 45. SP und der Feststellungen des staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Arnsberg (vom 17.01.2013/ RPA-

Bericht) den Haushalt der Studierendenschaft 2011/12 geprüft und ist zu den im Folgenden beschriebenen Feststellungen gekommen.

1. Inventarliste:

Gemäß § 21 Abs. 4 HWVO ist über Gegenstände mit einer Lebensdauer von mehr als einem Jahr ein Gegenstandsverzeichnis zu führen, sofern ihr Wert einem vom SP festgelegten Wert überschreitet. Der festgelegte Wert darf dabei nicht über dem vom Steuerrecht festgelegten Wert für geringfügige Wirtschaftsgüter liegen. Aus den Unterlagen des AStA 2011/2012 geht eine solche Inventarliste nicht hervor. Weder konnte das Vorhandensein, noch das Anfertigen einer solchen Liste belegt werden.

Dementsprechend kann auch nicht geklärt werden, ob alle Gegenstände, die sich hätten im AStA befinden müssen, auch bei der Übergabe übergeben wurde.

Der HHA bemängelt, dass durch die fehlende Inventarisierung der Gegenstände des AStA den Vorgaben der HWVO nach § 21 Abs. 4 nicht nachgekommen wurde. Der HHA weist darauf hin, dass zukünftig ein Gegenstandsverzeichnis anzulegen und zu führen ist.

2. Geschäftsordnung des AStA

§ 27 der Satzung der Studierendenschaft verpflichtet den AStA sich eine Geschäftsordnung zu geben. Diese ist dem SP zur Kenntnisnahme vorzulegen. Nach Aussage des Finanzreferenten vom 26.11.11 (s. Anlage) gab es keine Geschäftsordnung. Diese wurde dementsprechend auch nie dem Studierendenparlament vorgelegt. Der HHA rügt diesen Verstoß gegen die Satzung.

3. Vollständigkeit der Kassenanweisungen

Es ist nach Ansicht des HHA notwendig, Protokolle über Beschlüsse des AStA an die entsprechenden Kassenanordnungen anzufügen. Dies ergibt sich aus § 8 Abs. 1 HWVO, welcher besagt, dass die Kassenanordnungen Zweck und Anlass einer Zahlung begründen und eine Prüfung ohne Rückfragen ermöglichen müssen.

Exemplarisch wurde in der Prüfung von Titel 10210 („Zuschüsse an Vereinigungen und Initiativen“) festgestellt, dass an den Kassenanweisungen mit den folgenden Belegnummern keine Beschlüsse des AStA angefügt waren:

22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 37, 38, 46, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 62, 63, 64, 65, 70, 73, 87, 91, 94, 99, 107, 110, 113, 120, 121, 122, 123, 125, 132, 133, 139, 140, 141, 143, 147, 150, 151, 152, 153, 156, 157, 163, 165, 167, 171, 173, 176, 182, 187, 191, 192, 193, 194, 197, 198, 200, 203, 204, 205, 208, 212, 214, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 229, 231, 236, 244, 245, 246, 247, 249, 251, 255, 257, 258, 260, 263, 264, 268, 270, 271, 272, 273.

Dies bedeutet, dass 36 Prozent der Kassenanweisungen in diesem Einzeltitel nicht ohne Rückfragen nachvollziehbar waren.

Wie durch die Protokolle des HHA des 45. SP für die im Jahr 2012 durchgeführte Rechnungsprüfung belegt, ist der durch die genaue Prüfung des Titel 10/102/1 gewonnene Eindruck als repräsentativ für die gesamte Buchführung des Haushaltsjahres 2011/2012 zu betrachten.

Der Finanzreferent gab bei seiner Befragung zu diesem Thema am 26.11.12 die Auskunft, Protokolle seien seiner Meinung nach nicht aussagekräftig, da sie nicht unterschrieben seien. Der HHA teilt diese Ansicht, wie oben geschildert, nicht. Dass Protokolle nicht unterschrieben waren, ist ein zusätzliches Versäumnis des damaligen AStA. Dieses Versäumnis entbindet den Finanzreferenten allerdings nicht von seiner Pflicht, Anlass und Zweck einer Zahlung klar in der Kassenanordnung erkennbar zu machen. Der HHA regt an, Protokolle zukünftig unterschreiben zu lassen.

4. Falsche Titelzuordnung

Es wurden zahlreiche Buchungen den falschen Titeln zugeordnet.

Insbesondere weist der Haushaltsplan mit dem Titel 10/101/1 „Internationales Videofestival“ einen eigenen Titel für Zahlungen bezüglich des Internationalen Videofestivals aus. Dennoch wurden mehrfach Buchungen für das Videofestival aus dem Titel 10/102/1 „Sonstige Initiativen“ vorgenommen. Der Titel „Internationales Videofestival“ wurde hingegen mit 0 Euro angesetzt. Dieser Fehler wurde auch im Nachtragshaushalt nicht korrigiert. Dies spiegelt eine intransparente Buchführung wider und widerspricht deutlich den Prinzipien von Haushaltswahrheit und -klarheit gemäß § 5 Abs. 1 HWVO.

Insgesamt wurden aus dem Titel 10/102/1 4530,96 Euro für das Internationale Videofestival gezahlt.

Auch im Titel 8/101/2 „Druckkosten“ liegt bei Beleg-Nr. 10 ein entsprechender Fehler vor. „Animal Academy“ hätte als Initiative im Titel 10/102/1 verbucht werden müssen.

5. Vergabeentscheidungen

Laut § 2 Abs. 2 HWVO sind „bei Aufträgen mit einem Wert von mehr als 1000 Euro mindestens 3 Angebote im Wettbewerb einzuholen [...] Der Preisvergleich ist aktenkundig zu machen und die Vergabeentscheidung zu dokumentieren“.

- Im Haushaltstitel 8/807/1 „Reisekosten“ ist eine Ausgabe von 3737,24 Euro für Flugkosten nach Tunesien ausgewiesen. Ein Preisvergleich und die Einholung von drei verschiedenen Angeboten sind nicht in der Kassenanweisung dokumentiert. Im AStA-Protokoll vom 9.8.2011 werden

die Flugkosten beschlossen. Ein Preisvergleich ist auch dort nicht dokumentiert.

- Für die Musikanlage des AStA und der FSVK wurde Material im Gesamtwert von 8438,61 € bestellt. Anteilig sind 4219,30 € in Titel 08042, Beleg-Nr. 1 verbucht worden. Der Differenzbetrag findet sich unter Titel 09210, Beleg-Nr. 3. Aus den vorliegenden Unterlagen wird nicht ersichtlich, dass 3 Angebote eingeholt worden sind.
- Im Haushaltstitel 10/101/2 „Kulturwoche des AStA“ ist unter Beleg-Nr. 1 eine Ausgabe in Höhe von 3298,81 Euro für die Bühne des AStA ausgewiesen. Gemäß §2 Abs. 2 HWVO hätten für diese Ausgabe, welche einen Betrag von 1000€ übersteigt, drei Angebote eingeholt und diese auch dokumentiert werden müssen. An der Kassenanordnung findet sich allerdings kein Angebot sondern lediglich eine Rechnung. Im AStA-Protokoll vom 31.5.11 ist nachzulesen, dass vier Angebote eingeholt wurden, diese sind im betreffenden Protokoll allerdings nicht gesondert dokumentiert. Auf Nachfrage im AStA Sekretariat wurde deutlich, dass die entsprechenden Angebote nicht in den Unterlagen des AStA-Sekretariates dokumentiert sind. Der AStA des 44. SP ist seiner HWVO gemäßen Pflicht die eingeholten Vergleichsangebote zu dokumentieren nicht nachgekommen.

Außerdem wurden durch den AStA mehrfach Initiativen auch in Einzelposten deutlich über der Grenze von 1000 Euro gefördert:

- Küchen- und sonstige Ausstattung SZ (Titel 10/102/1 Nr. 230 und 256)
- Druckkosten IST- Zeitschrift (Titel 10/102/1 Nr. 243)
- Rote Ruhr-Uni Buchdruck (Titel 10/102/1 Nr. 134)
- Bühne „Anti Atom“ (Titel 10/101/5 Nr. 12)

Auch wenn hier keine eigene Vergabeentscheidung durch den AStA getroffen werden musste, muss der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit trotzdem angewendet werden. Ob dies immer geschehen ist, ist fraglich. Vergleiche hierzu: RPA-Prüfungsmitteilung 3.1.4.4. Der HHA bittet den AStA, in Zukunft auch bei Auszahlungen an Dritte darauf hinzuweisen, dass die Mittel möglichst sparsam eingesetzt werden, und dies zu dokumentieren.

6. Mangelnder Trennschärfe der Titel 10/101/5 „Sonst. Veranstaltungen“ und 10/102/1 „Zuschüsse für Vereinigungen und Initiativen“

Der HHA stellt fest, dass aus beiden Titeln ähnliche Veranstaltungen gefördert wurden, bei denen nicht abschließen geklärt werden konnte, inwiefern sie dem AStA oder einer externen Initiative zuzuordnen sind. Der HHA empfiehlt im Sinne von Haushaltswahrheit und -klarheit, die Titel in Zukunft stärker voneinander abzugrenzen oder aber mit einem Deckungsvermerk zu versehen oder sogar ganz zusammenzufassen. Ferner könnten Titel

10/101/5 „Sonst. Veranstaltungen“ in „Sonst. Veranstaltungen der Studierendenschaft“ umbenannt werden um im Folgenden alle Buchungen bezüglich Veranstaltungen der Studierendenschaft zu umfassen, denen keine eigenen Titel zugewiesen sind. Buchungen bezüglich Vereinigungen, Initiativen und deren Veranstaltungen wären folglich im Titel 10/102/1 „Zuschüsse für Vereinigungen und Initiativen“ zu tätigen.

7. Ausgaben außerhalb des Aufgabenbereichs der Studierendenschaft

„In § 53 Abs. 2 Satz 2 HG sowie § 3 SdS sind die Aufgaben der Studierendenschaft abschließend beschrieben. [...] Grundsätzlich sind Zuwendungen an Stellen außerhalb der Studierendenschaft gem. § 17 HWVO NRW möglich. Voraussetzung hierbei ist jedoch, dass dies mit dem gesetzlichen Auftrag der Studierendenschaft vereinbar ist und wenn die Studierendenschaft an der Erfüllung durch solche Stellen ein erhebliches Interesse hat, das ohne die Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann.“ (RPA-Bericht S. 12)

Der HHA schließt sich dieser Rechtsauffassung des RPA an.

Es ist bei vielen Ausgaben im HH-Jahr 2011/12 zweifelhaft, ob sie den o.g. Kriterien genügen.

Insbesondere wird im RPA-Bericht die Unterstützung des Sozialen Zentrums (SZ) bei „Bauunterhaltung, Einrichtung und Ausstattung“ als Ausgabe außerhalb des Aufgabenbereichs der Studierendenschaft beschrieben.

Da die Studierendenschaft bereits das KulturCafé betreibt, ist nicht ersichtlich, welches „erhebliche Interesse“ an der (auch gastronomischen) Ausstattung eines Vereinslokals bestehen könnte, das von einem Trägerverein (Freiraum e.V.) betrieben wird, der keinen Bezug zur Studierendenschaft aufweist. Insbesondere da der AStA keinerlei Verfügungsgewalt über die angeschafften Gegenstände, die Räumlichkeiten in denen sie untergebracht und die allgemeine Nutzung dieses Vereinslokals besitzt.

Das RPA bittet, „die zu den vorgenannten Zwecken verausgabten Mittel, dem Haushalt der Studierendenschaft wieder zuzuführen“. Der HHA bittet den AStA, dies zu prüfen.

Weiterhin bittet der HHA das SP zu prüfen ob es möglich und sinnvoll wäre anstelle der Rückforderung der verausgabten Mittel eine Nutzervereinbarung mit dem SZ zu treffen, welche eine Nutzung der betreffenden Einrichtung durch die Studierendenschaft der RUB regelt und garantiert.

8. „Protokoll von der KOA Runde zum IST vom 02.11.2011“

Dem HHA des 45. SP wurden mehrere Protokolle übergeben, welche angeblich Koalitionsabsprachen/ KOA-Runden der AStA-tragenden Listen des 44. SP protokollieren.

Der Vorsitzende des HHA des 45. SP stellte bzgl. der Verwendbarkeit der Dokumente eine Anfrage an den Justitiar der Ruhr Universität. Dieser bejahte die Verwendbarkeit.

Der HHA des 46 SP geht nach eigenen Rückfragen davon aus, dass zumindest das o.g. Protokoll in seiner vorliegenden Form als authentisch zu betrachten ist. Er geht weiter davon aus, dass das Dokument über den internen Mail-Verteiler des AStA („intern@asta-bochum.de“) versendet wurde und deswegen Teil der Übergabe an den nachfolgenden AStA hätte sein müssen. Die E-Mail Korrespondenz des AStA des 44. SP wurde allerdings nicht an den folgenden AStA übergeben. (vgl. Punkt 13 dieses Votums).

Das Dokument beschreibt, wie eine Summe von 12.500 € für die Förderung eines Zeitschriftenprojektes des „Institut für Sozialtheorie e.V.“ (IST) finanziert werden soll. Um die Gesamtförderung nicht so hoch erscheinen zu lassen, wie sie mutmaßlich nach dem tatsächlichen Willen der AStA-tragenden Listen ausfallen sollte, schlägt das Dokument eine Aufteilung der Gesamtkosten vor wie folgt:

„12.500€ Gesamtsumme

3.600€ Tagesseminare (6x500) + (4x150 o. 6x100)

400€ RRU-Werbung

600€ Moderation der RRU-Veranstaltungen (4x150)

1.500€ Projektstelle (besetzt)

1.500€ Projektstelle (frei)

4.900€ = Beitrag des AStA zu den Druckkosten (Anschubsfinanzierung)“

(Zitat aus dem o.g. Dokument)

Im Haushalt sollte als Fördersumme für das Zeitschriftenprojekt eine Summe von 4.900 Euro anstatt der Gesamtsumme von 12.500 Euro ausgewiesen werden. Dies wird im Dokument damit begründet, dass die hohe Summe des Antrags als Problem empfunden wird. Die entsprechende Buchung über 4.900 € konnte im Zuge der Haushaltsprüfung unter Belegnummer 243 im Titel 10/102/1 nachgewiesen werden.

Sollte eine entsprechende Handhabung von Zahlungen tatsächlich stattgefunden haben, wäre davon auszugehen, dass in mehreren Fällen (s.o.) der tatsächliche Zweck einer Ausgabe nicht die Förderung des angegebenen Zweckes, sondern die Förderung des o.g. Zeitschriftenprojekts war. In diesem Falle hätten Veranstaltungen nicht stattgefunden, weil sie einen Wert für die Studierenden haben, sondern um die Höhe der Finanzierung eines anderen Zwecks (hier: o.g. Zeitschriftenprojekt) zu verschleiern. Dies wäre ein Verstoß gegen die Grundsätze von Haushaltsklarheit und Wahrheit.

Der HHA kann nicht ausschließen, dass der in diesem Dokument mutmaßlich gefasste Vorsatz in der Ausführung des Haushaltsplans Niederschlag fand. Unabhängig von der

Möglichkeit der Durchführung, ist die Existenz dieses Vorsatzes im E-Mail-Verkehr des AStA des 44. SP Anlass zu Zweifeln an der Durchführung des Haushaltsplans nach den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und Klarheit.

Der HHA bittet den AStA diese Angelegenheit weiter zu überprüfen.

9. Honorarvertrag zur „Wirtschaftsberatung“

Im Titel 6/62/1 „Honorar“ findet sich unter der Belegnummer 52 eine Auszahlungsanordnung an Herrn N. Die Auszahlungsanordnung war betitelt als „Honorar Qualitätssicherung“. Aus der Kassenanordnung und dem Honorarvertrag geht hervor, dass Herr N. für die „Qualitätssicherung und Evaluation der Betriebe (AStA)“ bezahlt werden sollte. Der Honorarvertrag stellt darüber hinaus eine „Personalbefragung“ fest. Dem HHA konnte kein Bericht über diese Evaluation und Qualitätssicherung der Betriebe des AStA vorgelegt werden. Auf Nachfrage sagte der Finanzreferent Jannis (Finanzer des 44. AStA) dem HHA am 26.11.12 dazu, dass Herr N. abweichend von der Tätigkeitsbeschreibung auf der Auszahlungsanordnung eine beratende Tätigkeit für den Finanzreferenten ausübte. („Er war quasi mein Handlanger.“) Auch über Umfang und Inhalt dieser Beratung konnte dem HHA keine Informationen vorgelegt werden.

Der HHA stellt fest, dass die Angaben auf der Kassenanweisung und im Honorarvertrag nicht mit den Aussagen des damaligen Finanzreferenten übereinstimmen. Es konnte nicht nachgewiesen werden, dass für das Honorar von 500 Euro eine angemessene Gegenleistung erbracht wurde.

10. Überschreitung von Haushaltstiteln

Nach HWVO § 10 „Überplanmäßige und Außerplanmäßige Ausgaben“ sind überplanmäßige Ausgaben dem SP vom Finanzreferenten „unverzüglich“, spätestens jedoch rechtzeitig vor Ablauf des Haushaltsjahres schriftlich zur Kenntnis zu geben“.

Der HHA stellt nach stichprobenartiger Überprüfung folgende Titelüberschreitungen fest:

Überschreitungen von Ausgabtiteln:

Titel	Ansatz 2	Ergebnis 11/12	Differenz
8/806/1 Versicherungen	9900	11765,07	1865,07
8/807/1 Reisekosten	4000	5068,24	1068,24
10/101/3 Tanzkurse	9850	10152,07	302,07
10/101/6 Gema	4000	4633,87	633,87

12/112/3 Personalaufwand Druckerei	50000	51875,87	1875,87
--	-------	----------	---------

Überschreitungen von Einnahmetiteln:

10/101/2 Kulturwoche des AStA	12500	12788,78	288,18
10/101/6 Gema	1000	2060,91	1060,91
11/111/1 Kultur-Café Umsatz	200000	201540,04	1540,04

Besonderheit bei: 10/101/2 Kulturwoche des AStA:

Hier war das Ergebnis des Ausgabebetels bereits im Sommer 2011 vollständig bekannt und lag über dem Ausgabeansatz des HH-Plans. Eine entsprechende Anpassung erfolgte erst mit dem Nachtragshaushalt vom Januar 2012. Der Anzeigepflicht nach §10 HWVO wurde durch den Finanzreferenten nicht nachgekommen.

Insgesamt wurden dem SP keine überplanmäßigen Einnahmen oder Ausgaben angezeigt. Anzumerken ist zusätzlich, dass der HHA nicht geprüft hat, ob die überplanmäßigen Ausgaben überhaupt zulässig waren. Dementsprechend kann aus diesem Votum auch kein entsprechender Rückschluss gezogen werden.

In den Protokollen des 44. SP konnten sowohl der Haushaltsplan als auch der Nachtragshaushalt aufgefunden werden. Es war jedoch, auch auf Nachfrage im Sekretariat nicht möglich Anmerkungen zum Haushaltsplan aufzufinden, welche mögliche Deckungsvermerke dokumentieren. Da die Mitarbeiterinnen des AStA-Sekretariates weiter keine Aussagen zu Deckungsvermerken zwischen Titeln des Haushaltes 2011/2012 machen konnten, ist davon auszugehen das diese nicht existierten.

11. Wirtschaftsbetriebe

Der HHA des 45. Studierendenparlamentes stellte fest, dass die Betriebe ordnungsgemäß geführt seien. Die Druckbetriebe würden zwar Verlust machen, dies sei aber vertretbar, da Studierende günstig drucken und kopieren können sollen. (vgl. Protokoll vom 26.11.12)

12. Debatte zum Vorsitzenden des HHA des 45. SP

Im HHA des 45. SP gab es eine umfassende Diskussion zu der Eignung von Hr. K. als Vorsitzenden dieses Gremiums. Es wurde festgestellt, dass Herr K. im Rahmen der „Woche der Wissenschaften“ ein Honorar im hohen dreistelligen Bereich vom AStA des 44. Studierendenparlamentes erhalten hatte.

Da es sich bei diesem Projekt um eine Tätigkeit handelt, welche auch von einem Referenten des AStA ausgeübt worden sein könnte und einschlägige Normen eine klare Trennung zwischen der Mitgliedschaft im AStA und im HHA verlangen, wurde die Eignung von Hr. K für das Amt des Ausschussvorsitzenden in Frage gestellt. Herr K. wurde abgewählt.

Der HHA des 46. SP nimmt zu diesem Vorgang keine weitere Stellung.

13. Amtsübergabe an den AStA des 45. SP

Nach der Einsichtnahme in das Übergabeprotokolls der Amtsübergabe vom AStA des 44. SP zum AStA des 45. SP ist anzumerken, dass der AStA des 44. SP bei der Übergabe der Amtsgeschäfte nicht im Besitz einer Ausgabe der Satzung der Studierendenschaft und der Beitragsordnung der Studierendenschaft war. Außerdem waren verschiedene Dokumente, die laut dem Übergabeprotokoll im AStA-Sekretariat gewesen sein müssten, dort nicht vorhanden.

Der E-Mail Verkehr zwischen der Universitätsverwaltung und dem AStA wurde nicht übergeben sondern gelöscht und stand dem AStA des 45. SP als direktem Amtsnachfolger nicht zur Verfügung. Ferner wurden sämtlicher E-Mail und Schriftverkehr mit dem Anwalt, welcher die Studierendenschaft in einem laufenden Verfahren vertritt, nicht übergeben sondern scheinbar gelöscht und vernichtet. Insgesamt wurden alle E-Mail-Postfächer des AStA vor der Übergabe gelöscht.

Der Allgemeine Studierendenausschuss des 44. SP hat die Regelungen des § 2 Abs. 5 HWVO und damit die Pflicht der ordnungsgemäßen Übergabe und das Recht des Allgemeinen Studierendenausschusses des 45. SP, die Amtsgeschäfte ordnungsgemäß übergeben zu bekommen, missachtet. Außerdem hat er falsche Angaben bei der Übergabe getätigt, indem er behauptete, der Schriftwechsel mit dem Rektorat „befinde sich im Sekretariat“.

Schlussfolgerungen/Votum

Insgesamt stellt der HHA des 46. Studierendenparlamentes fest, dass der AStA des 44. Studierendenparlamentes seinen Pflichten im Rahmen einer ordentlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung in vielen Punkten nicht im ausreichenden Maße nachgekommen ist.

Insbesondere der Finanzreferent als Verantwortlicher für die sachliche Richtigkeit von Kassenanweisungen und die Vorsitzende in ihrer Aufsichtsposition haben die ihnen obliegenden Pflichten vernachlässigt.

Vor allem die Grundsätze der Haushaltswahrheit und -klarheit, sowie Berichtspflichten gegenüber dem Studierendenparlament wurden nicht beachtet. Die Dokumentation von Entscheidungen und Zahlungsgrundlagen war mit Mängeln behaftet.

Auch ist in einigen Fällen fraglich, ob die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet wurden. Es ist ebenso fraglich, ob alle geleisteten Ausgaben im Aufgabenbereich der Studierendenschaft lagen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Studierendenparlament, die Mitglieder des AStA des 44. Studierendenparlamentes, ausgenommen die Vorsitzende und den Finanzreferenten, zu entlasten.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Studierendenparlament weiterhin, die Vorsitzende und den Finanzreferenten des AStA des 44. Studierendenparlamentes nicht zu entlasten.

Der HHA des 46. Studierendenparlamentes entspricht damit dem Votum des HHA des 45. Studierendenparlamentes.

Der HHA weist darauf hin, dass dieses Votum keine politische Wertung der, oftmals sinnvollen, Arbeit des AStA des 44. Studierendenparlamentes darstellt. Es orientiert sich einzig und allein an den technischen Kriterien einer ordentlichen Haushaltsführung.

Patrick (GHG) und Lokman (GHG) verlesen das Minderheitenvotum.

Es wurde mit 2 Ja Stimmen verabschiedet:

1. Inventarliste

Wir bemängeln, dass keine Inventarliste gemäß § 21 Absatz 4 HWVO übergeben wurde.

2. Geschäftsordnung

Laut § 27 der Satzung der Studierendenschaft gibt sich der AStA eine Geschäftsordnung und legt diese dem Studierendenparlament zur Kenntnisnahme vor. Der AStA des 44. Studierendenparlamentes verwandte den Koalitionsvertrag der AStA-tragenden Listen ebenfalls als Geschäftsordnung. Diesen Vertrag gab er auch dem Studierendenparlament zur Kenntnis. Leider versäumte er, nicht ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass der Koalitionsvertrag auch als Geschäftsordnung verwendet wird.

3. Vollständigkeit der Kassenanweisungen

Bei der Prüfung der Unterlagen des AStA fehlten bei Kassenanordnungen teilweise Protokolle. Dies ist aus unserer Sicht nicht schön, aber widerspricht nicht der HWVO. Laut Ministerialblatt des Landes Nordrhein-Westfalen – Nr. 48 vom 11. November 2005 heißt es:

„7. Kassenanordnung, § 8, § 18 Abs. 1, § 19 Abs. 4, § 21 Abs. 2 und § 23 Abs. 2 HWVO (vgl. Muster)

[...]

- Schließlich muss aus der Kassenanordnung Zweck und Anlass der Zahlung hervorgehen; zu diesem Zweck sind der Kassenanordnung in der Regel Unterlagen (z.B. Rechnungen, Quittungen o.ä.) beizufügen.“

Somit sieht die HWVO laut Wissenschaftsministerium keine Protokolle vor, sondern Rechnungen und Quittungen. Diese lagen allen geprüften Kassenanordnungen bei. Trotzdem schlagen wir vor, dass das Studierendenparlament die verpflichtende Belegung durch Protokolle des AStAs oder des AStA-Vorstandes in die Satzung der Studierendenschaft aufnimmt.

4. Falsche Titeluordnung

Bei der Prüfung sind zwei unkorrekte Titeluordnungen aufgefallen. Diese haben der Studierendenschaft jedoch keinerlei Schaden zugefügt oder hatten andere negative Konsequenzen. Jedoch sollten solche Verwechslungen nicht vorkommen.

5. Vergabeentscheidungen

Laut § 2 Absatz 2 HWVO sind „bei Aufträgen mit einem Wert von mehr als 1000 Euro mindestens 3 Angebote im Wettbewerb einzuholen [...] Der Preisvergleich ist aktenkundig zu machen und die Vergabeentscheidung zu dokumentieren“. Leider wurden nicht in allen Fällen 3 Angebote aktenkundig gemacht oder dokumentiert.

6. Mangelnde Trennschärfe der Titel 10/101/5 „Sonst. Veranstaltungen“ und 10/102/1 „Zuschüsse für Vereinigungen und Initiativen“

In der Vergangenheit – nicht nur im AStA des 44. Studierendenparlaments – war nicht immer ersichtlich, warum manche Ausgaben in dem einem oder anderen Titel gebucht wurden. Die Möglichkeit eines Deckungsvermerks zwischen beiden Titeln würde die Sache jedoch noch intransparenter machen. Deswegen schlagen wir vor den Titel 10/101/5 in „Sonstige Veranstaltungen der Studierendenschaft“ umzubenennen. In diesem Titel könnten dann keine Buchungen von externen Initiativen mehr vorgenommen werden. Diese sollen dann nur noch durch den Titel 10/102/1 „Zuschüsse für Vereinigungen und Initiativen“ finanziert werden.

7. Ausgaben außerhalb des Aufgabenbereichs der Studierendenschaft

Das Rechnungsprüfungsamt Arnsberg hat in mehreren Fällen kritisiert, dass der AStA des 44. Studierendenparlaments Initiativen und Veranstaltungen bezuschusst hat, die aus seiner Sicht nicht in den Aufgabenbereich der Studierendenschaft fallen. Wir widersprechen der Rechtsauffassung des RPA entschieden. In allen Fällen wurden Aufgaben der Studierendenschaft wahrgenommen. Laut Satzung der Studierendenschaft § 3 Absatz 1 heißt es: „Die Studierendenschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Interessen ihrer Mitglieder im Sinne dieser Satzung sowie aller aus dieser Satzung resultierenden Teilsatzungen und Ordnungen zu vertreten,
- b) die Belange ihrer Mitglieder in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen und in deren Sinne zu allen relevanten Fragen Stellung zu nehmen,
- c) an der Erfüllung der Aufgaben der Ruhr-Universität Bochum nach § 3 HG, insbesondere durch Stellungnahmen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen, mitzuwirken;
- d) die Bereitschaft zur aktiven Toleranz und die politische Bildung ihrer Mitglieder zu fördern
- e) die fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen und zu vertreten,
- f) kulturelle Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen,
- g) den Studierendensport zu fördern,
- h) überörtliche und internationale Studierendenbeziehungen zu pflegen,
- i) sich für die aktive Sicherung des Friedens in der Welt einzusetzen,
- j) im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages für die Freiheit des Individuums einzutreten,
- k) in Medien aller Art, insbesondere in eigenen, die Diskussion und die Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragen zu ermöglichen.“

Somit waren alle Ausgaben im Interesse der Studierendenschaft.

8. „Protokoll von der KOA Runde zum IST vom 02.11.2011“

Dem Haushaltsausschuss sollen Dokumente übergeben worden sein, die angebliche Koalitionsabsprachen der AStA-tragenden Listen des 44. Studierendenparlaments beinhalten. Sie wurden jedoch nicht dem Ausschuss als Ganzes, sondern nur den AStA-tragenden Listen des 46. Studierendenparlaments übergeben. Bis heute wurde nicht bekannt gegeben, von wem diese Dokumente übergeben wurden, auch nicht im nicht-öffentlichen Teil des Haushaltsausschusses.

Möglicherweise hat sich die Person, die diese Dokumente weiterreichte strafbar gemacht. Dabei kommen die Paragraphen 203 StGB *Verletzung von Privatgeheimnissen*, § 204 StGB

Verwendung fremder Geheimnisse sowie § 206 StGB *Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses* in Betracht.

Insbesondere die Personen, die diese Daten angenommen und verwendet haben machen sich möglicherweise strafbar. Dies trifft besonders auf den Finanzreferenten des AStA des 45. Studierendenparlaments und den Haushaltsausschussvorsitzenden des 46. Studierendenparlaments zu. Auch hier kommen die Paragraphen 203, 204 und 206 StGB in Betracht; insbesondere § 203 *Verletzung von Privatgeheimnissen*, Absatz 2, „Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen

Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als 1. Amtsträger, anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist.“, könnte hier angewendet werden.

Sowie § 206 *Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses*, Absatz 4 „Wer unbefugt einer anderen Person eine Mitteilung über Tatsachen macht, die ihm als außerhalb des Post- oder Telekommunikationsbereichs tätigem Amtsträger auf Grund eines befugten oder unbefugten Eingriffs in das Post- oder Fernmeldegeheimnis bekanntgeworden sind, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

9. Honorarvertrag zur „Wirtschaftsberatung“

Im Titel 6/62/1 „Honorar“ findet sich unter der Belegnummer 52 eine Auszahlungsanordnung an Herrn N.. Die Auszahlungsanordnung war betitelt als „Honorar Qualitätssicherung“. Aus der Kassenanordnung und dem Honorarvertrag geht hervor, dass Herr N. für die „Qualitätssicherung und Evaluation der Betriebe (AStA)“ bezahlt werden sollte.

Die Tätigkeit des Herrn N. wurde im Laufe seiner Arbeit – in Absprache mit dem Finanzreferenten – etwas abgeändert. Dabei wurde versäumt, dies im Honorarvertrag kenntlich zu machen. Es gibt jedoch keinen Anhaltspunkt, dass die Leistung von Herrn N. nicht erbracht wurde.

10. Überschreitungen von Haushaltstiteln

Nach HWVO § 10 „Überplanmäßige und Außerplanmäßige Ausgaben“ sind überplanmäßige Ausgaben dem Studierendenparlament vom Finanzreferenten „unverzüglich“, spätestens jedoch rechtzeitig vor Ablauf des Haushaltsjahres schriftlich zur Kenntnis zu geben“.

Die Ausgabentitel 8/806/1 *Versicherungen*, 8/807/1 *Reisekosten*, 10/101/3 *Tanzkurse*, 10/101/6 *Gema*, und 12/112/3 *Personalaufwand Druckerei* wurden überschritten. Die Einnahmetitel 10/101/2 *Kulturwoche des AStA*, 10/101/6 *Gema* und 11/111/1 *Kultur-Café Umsatz* wurden ebenfalls überschritten.

Leider wurden die überplanmäßigen Ausgaben nicht dem Studierendenparlament angezeigt. Überplanmäßige Einnahmen ebenfalls nicht, was aber nach HWVO auch nicht nötig ist. Dies war ein klares Versäumnis, was jedoch der Studierendenschaft keinerlei Schaden zugefügt hat. Außerdem lassen sich solche Überschreitungen von Haushaltstiteln leider nie ganz vermeiden, da die Buchung aller Aus- und Einnahmen häufig mehrere Monate hinterherhinkt.

11. Wirtschaftsbetriebe

Wir stellen fest, dass die Betriebe ordnungsgemäß geführt wurden. Die Druckbetriebe machen zwar einen Verlust, dies ist jedoch vertretbar, da Studierende günstig drucken und kopieren können sollen.

12. Debatte zum Vorsitzenden des HHA des 45. SP

Diese Debatte war durch Niedertracht der Mitglieder der AStA-tragenden Listen des 45. Studierendenparlaments geprägt. Sie forderten den Rücktritt des damaligen Ausschuss-Vorsitzenden. Die Rücktrittsforderungen waren mehr als lächerlich, da sie dem damaligen Ausschuss-Vorsitzenden vorwarfen, im AStA des 44. Studierendenparlaments für ein Projekt bezahlt worden zu sein, welches er tatsächlich durchgeführt hat. Noch drei weitere Mitglieder im Haushaltsausschuss des 44. und 45. Studierendenparlaments wurden vom AStA für andere Tätigkeiten bezahlt, gegen diese gab es jedoch keine Rücktrittsforderungen. Außerdem haben Haushaltsausschuss-Mitglieder der AStA-tragenden Listen des 45. Studierendenparlaments Daten aus einer nicht-öffentlichen Sitzung an Dritte weitergegeben. Nur wenige Tage später standen Vollname und Beträge, die der damalige Haushaltsausschuss-Vorsitzende erhalten hatte, auf Homepages von AStA-tragenden Listen des 45. Studierendenparlaments und in der Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung (die vom AStA herausgegeben wird).

Außerdem bezichtigte ein Haushaltsausschuss-Mitglied einer AStA-tragenden Liste des 45. Studierendenparlaments den eben erwähnten Ausschuss-Vorsitzenden schriftlich einer Straftat, was selbst einer Straftat entsprechen kann. Jedoch nahm er diese Anschuldigung später zurück. Anscheinend aber nur, um sich selbst zu schützen. Diese Debatte ist und bleibt ein dunkles Kapitel der Bochumer Studierendenschaft.

13. Amtsübergabe

Es wurde pflichtgemäß ein Übergabeprotokoll zwischen dem AStA des 44. Studierendenparlaments und dem AStA des 45. Studierendenparlaments angefertigt. Da es

einen AStA-Wechsel gab, fand die Übergabe nicht sehr ausführlich oder gründlich statt. Dies ist zu bedauern, jedoch leider üblich.

Abschließendes Minderheitenvotum:

Der AStA des 44. Studierendenparlaments ist seinen Pflichten im Rahmen einer ordentlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung im überwiegenden Maße nachgekommen.

Die Grundsätze der Haushaltswahrheit und -klarheit wurden weitestgehend eingehalten. Berichtspflichten gegenüber dem Studierendenparlament wurden in wenigen Fällen vernachlässigt. Die Dokumentation von Zahlungsgrundlagen war ausreichend. Sie hätte jedoch ausführlicher sein können.

Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wurden in allen Fällen eingehalten. Außerdem lagen alle geleisteten Ausgaben im Aufgabenbereich der Studierendenschaft.

Der AStA hat keinerlei Maßnahmen unternommen oder unterlassen, die der Studierendenschaft einen Schaden zugefügt haben.

Wir empfehlen deswegen dem Studierendenparlament, die Mitglieder des AStA des 44. Studierendenparlaments zu entlasten.

Eine Einzelentlastung von AStA-Mitgliedern ist nicht möglich. Es kann nur der gesamte AStA entlastet werden oder eben nicht. Laut HWVO, § 24 Rechnungsprüfung heißt es: „(1) Das Rechnungsergebnis ist mindestens einen Monat vor Beschlussfassung des Studierendenparlaments über die Entlastung des Allgemeinen Studierendenausschusses dem Haushaltsausschuss zur Stellungnahme vorzulegen und mindestens zwei Wochen vor Beschlussfassung des Studierendenparlaments hochschulöffentlich bekannt zu machen.“

Rebecca (NAWI) geht um 19:30 Uhr.

Denise (B.I.E.R.) sagt die Liste B.I.E.R. wolle auch etwas vorlesen. Einen Kommentar zu den HHA-Voten:

Das Votum des HHA enthält mehrere Punkte, in denen sogar laut eigenen Aussagen, kein Verstoß gegen die HWVO vorliegt. Ob diese Punkte zu bemängeln sind ist daher eine rein politische Entscheidung und keine objektive, die in irgendwelchen Gesetzen steht. Bei der Vollständigkeit der Kassenanordnungen ist sogar gar kein Verstoß gegen die HWVO gegeben (s. Votum 3 der GHG), der Haushaltsausschuss behauptet dies trotzdem. Außerdem unterstellt der Ausschuss, dass die Ausgaben für das Soziale Zentrum, die Zeitschrift des IST, der Buchdruck der RRU und eine Bühne für eine Anti-Atom-Demo nicht im Sinne einer Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit getätigt worden sind, er weiß es aber gar nicht. Dies ist unserer Meinung nach auch wieder ein Versuch, eine politische Entscheidung wie eine sachliche und juristisch begründete Entscheidung aussehen zu lassen. Bei der Entlastung des AStA ist zu bedenken, dass die ehrenamtliche Tätigkeit in der selbstverwalteten Studierendenschaft weder von ausgebildeten Juristen, noch von ausgebildeten Verwaltungsbeamten ausgeführt wird. Wichtig ist unserer Meinung nach zu schauen, ob der Studierendenschaft durch die Verfehlungen Schaden zugefügt wurde oder unintendiert entstanden ist. Dies ist bei der Haushaltsführung durch den AStA des 44. StuPas nicht der Fall. In diesem Sinne stimmen wir dem Votum des HHA des 46. Parlamentes nicht zu.

Applaus der **GHG**.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) sagt im Votum stehe, dass im Haushalt 12/13 das Rechnungsergebnis nicht festgestellt wurde. Dies erscheine ihm komisch.

Simon (Jusos) sagt, Christian habe das in einer Sonderveröffentlichung getan. Dabei handelte es sich um die Datenlage für den Ausschuss.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) sagt einige Punkte, z.B. 2 und 3 seien im Minderheitenvotum schon sehr gut aufgegriffen worden. Das Videofestival hatte einen eigenen Titel, weil das mal eine AStA Veranstaltung war. Etwa zwei Jahre vor seiner Zeit wurden diese Leute wegen Verfehlungen aus dem AStA rausgeworfen. Der Titel sonstige Initiativen sei kein Untertitel des AStA deswegen wurden die Ausgaben dann dort gebucht. Zum Punkt 7: Er finde es gut ein Nutzungsrecht Vertraglich festzuhalten. So wie er das war genommen habe gab es das schon immer, informell. Er habe das immer so wahrgenommen, dass es Aufgabe sei in die Stadt hereinzugehen. Das habe die Uni auch, viel später nun, getan mit der Anmietung von Räumen. Da war sein AStA in einer erheblichen Vorreiterrolle. Es sei ein erhebliches Interesse da eine Finanzierung durchgeführt zu haben. Er habe immer noch nicht verstanden, was im Falle IST der Vorwurf sei. Es wurde gesagt das die eine Gesamtsumme brauchen und diese wurde in Teilsummen gezahlt.

Mike (NAWI) sagt das Problem sei, dass 4900 Euro in den Buchungen drinstehen. Hier wurde aber 12500 Euro gefördert. Das wurde verschleiert und maskiert indem die zusätzlichen Gelder aus Titeln gebucht wurden, die gar nichts damit zu tun haben.

Sebastian (GHG) sagt die GHG halte diese Anschuldigungen für haltlos. Diese widersprechen komplett der Aussage des vorherigen Finanzers, der behauptete, er habe die Mails auf den AStA Servern gefunden. Mails könnten leicht gefälscht werden. Es handele sich um ein politisch heraufbeschwörtes Konstrukt. IL LiLi, GHG und SWIB waren für diese Zahlungen, man war sich nur nicht einig über die Höhe. Es hieß es müssten mindestens zwei oder drei Vorteile für die Studierendenschaft entstehen. Es gab auch Leute die Gelder für Vorträge beantragt hatten. Dabei wurde gesagt, dass eventuell einige der Vortragenden das Geld dafür spenden wollten. Es gab nie eine Aufforderung, dass diese das Geld spenden müssen, auch nicht das die das können. Es entstand so ein doppelter Nutzen. Was die Referentinnen mit dem Geld machen sei ganz alleine Sache der Referentinnen. Sicherlich war in Kreisen der Koalition Gespräch, dass einige Referentinnen das vorgeschlagen hätten. Es habe aber nie zu einem Beschluss geführt. Die Vorwürfe seien haltlos. Es gebe auch widersprüchliche Aussagen woher diese Dokumente kommen. Es war einstimmiger Beschluss die Vorträge zu fördern und Beschluss die Inis zu fördern. Was die miteinander zu tun haben sei Sache der Betroffenen, nicht Sache des AStA.

Laura (Vorsitzende des 44. AStA) sei sich immer noch nicht sicher, was der tatsächliche Vorwurf sei. Was die beiden konkret falsch gemacht haben sollten. Für sie sei wichtig festzuhalten, dass sie wisse, dass sie nichts gemacht habe, was rechtlich falsch war. Sie wisse, dass der gesamte AStA sich sehr bemüht habe ein Jahr lang eine Politik zu machen die zum Wohle der Studierenden sei. Man habe Inis

gefördert und Vorträge gefördert. Man habe niemanden überredet oder es nahegelegt Geld zu spenden. Wenn Menschen die Vorträge halten ihr erzählen sie wollen das Geld in ihren Urlaub investieren oder in eine Zeitschrift, dann sei ihr das egal. Wenn sie wohlwollend zur Kenntnis nehme, dass diese eine Ini fördern wollen, die sie auch für forderungswürdig halte dann freue sich sich. Sie wisse aber gar nicht, ob diese das Geld wirklich gespendet hatten. Das sei ein Politisches Manöver und riesige Schweinerei, dass das her auf ihrem und Janis Rücken ausgetragen werden solle.

Simon (Jusos) fragt ob beide das Dokument vom 2.11.2011 kannten.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) sagt das sei über zwei Jahre her. Er könne nicht mit Sicherheit sagen, dass er es gesehen habe aber auch nicht, dass er es nicht gesehen habe.

Laura (Vorsitzende des 44. AStA) kenne es nicht.

Simon (Jusos) sagt, wenn man sich nicht daran erinnern könne, könne man sich vermutlich nicht erinnern, ob es auch einen Einfluss auf die Entscheidungsfindung geben könne.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) beantworte das nicht.

Simon (Jusos) fragt, ob er auch zugestimmt hätte, wenn das IST einen Antrag über 12500 Euro gestellt hätte anstatt über 4900 Euro.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) wisse nicht wie man sich entschieden hätte.

Simon (Jusos) sagt das Problem sei folgendes. Es gehe nicht darum ob die Veranstaltungen stattgefunden hätten oder nicht. Das Problem sei, dass dieses Veranstaltungen sonst nicht stattgefunden hätten. Die Gesamtforderung war zu hoch, also sollte die Süppchenweise beantragt werden. Das hatte nicht geklappt, also musste man eine neue Sache aufmachen. Hier werde nirgendwo behauptet die Vorträge hätte nicht stattgefunden. Er war auch auf der Haushaltsausschuss-Sitzung dabei da waren im nichtöffentlichen Teil zwei Leute da, die bezeugt haben, dass das so stattgefunden habe und das die Mail so rumgegangen sei. Diese beiden Personen waren da und haben das in der Form so bezeugt.

Laura (Vorsitzende des 44. AStA) (GHG) sagt sie könne tatsächlich, nicht sagen ob sie vor zwei Jahren eine Mail gelesen habe, in der das stand. So gut sei ihr Gedächtnis nicht. Was sie schon gesagt habe sei, dass diese Veranstaltungen stattfanden. Sie hatte die Info, dass diese Leute das Geld in die Initiative stecken wollten, es habe sie aber nicht weiter interessiert.

Mike (NAWI) sagt es sei ihm unverständlich warum die Quellen der Protokolle unklar seien. Es sei nicht sein Problem, wenn er als Sprecher der Liste nicht mit den HHA-Mitgliedern rede, die auf der Sitzung waren.

GO-Antrag Jusos 5 auf Min Fraktionspause. Fortsetzung um 20:01 Uhr.

Mike (NAWI) sagt, wenn da stehe es sei nicht klar von wem die Dokumente übergeben wurde, auch nicht im nichtöffentliche Teil der Sitzung, sei das einfach falsch.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) sagt Sebastian habe ja gerade einen längeren Text vorgetragen. Er wolle nochmal darauf hinweisen, dass er für sich persönlich spreche und Sebastian spreche für die GHG. Das was Sebastian gesagt habe sei nicht sein Gedankengut. Das sei die Perspektive der GHG auf die Sache, aber nicht zwingend seine persönliche. Er habe das Gefühl, dass es wenig zielführend sei das hier weiter zu diskutieren. Er wolle vehement der Aussage widersprechen, dass der von ihm mitgeführte AStA versucht hat oder es getan hat Zahlungen zu verschleiern. Offensichtlich gebe es zwei Personen die das behaupten, dann lügen diese.

Laura (Vorsitzende des 44. AStA) schließe sich dem an.

Sebastian (GHG) sagt die Sicht der Dinge sei für die GHG so logisch. Diese Dinge vertreten die GHG. Das seien zwei Menschen und die haben den AStA geführt und gute Arbeit für die Studierenden geleistet. Es gab keinen groben Verstoß gegen die HWVO. Er appelliere an die Vernunft und den Verstand der Parlamentarierinnen. Es solle sachlich und mit Vernunft abgestimmt werden. Er appelliere insbesondere an die Listen des damaligen AStA. Der AStA habe gute Arbeit geleistet. Deswegen bitte er man möge den gesamten AStA entlasten.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) sagt es könne sein, dass er diese Aussage auf der HHA-Sitzung getätigt habe. Er möchte sich etwas von der Aussage distanzieren. Er wurde durch ihn beraten. Er könne sich nicht erklären, dass es keine Belege für die Evaluation gebe. Das könne er nicht mehr rekonstruieren. Es seien auch einige Leute im Raum die diesen AStA übernommen hätten. Er wisse nicht ob das bekannt sei. Eine der Sekretärinnen war damals krank und deswegen hätten sich die Buchungen verzögert. Die Buchungen im Januar waren da erst auf Stand November. Er habe somit versucht den Stand zu schätzen und zu extrapolieren, die Töpfe so anzusetzen, dass das passe. Es tue ihm leid, er habe sich dann teilweise verkalkuliert. Die Überschreitung von Einnahmetiteln sei irrelevant. In der HWVO sei explizit nur von Ausgabentiteln die Rede. Es gab auch Dekungsvermerke. Einige davon seien schon über Jahre üblich. Er könne die nochmal suchen. Zu 12 und 13 möchte er den HHA Fragen, was die Debatte da zu suchen habe. Das habe keine Belang für den Haushalt. Das habe im Votum nichts zu suchen. Das waren Querelen im Ausschuss selbst, die wohl eher politischer als rechtlicher Natur waren. Laut Punkt 13 sei eine Übergabe vorgesehen, diese sei nicht spezifiziert. Ergänzende Aussagen müssen durch die Studierendenschaft in die Satzung aufgenommen werden. Das habe nichts mit der Haushalts- und Wirtschaftsführung des AStA zu tun und habe damit im Votum nicht zu suchen.

Simon (Jusos) habe eine kurze Rückfrage. Er wisse, dass das vorher und nachher nicht anders üblich war, er wolle wissen, ob Jannis immer die sachliche Richtigkeit blanko unterschreiben hatte ohne sich einen Überblick zu machen. In dem Moment wo er das unterschreibe bestätige er ja, dass genug Geld in dem Titel sei wie könne er das denn sonst unterschreiben.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) sagt er habe sonst keine Auszahlungen mehr machen können. Es gebe die Möglichkeit der Überschreitung eines Titels. Dies müsse ohne Verzug gemeldet werden. Ohne Verzug heiße, dass ohne schuldhaftes Zögern. Bis zu seiner Amtsübergabe hatte er keine Kenntnis darüber dass Titel überschritten seien.

Simon (Jusos) liest §10 HWVO Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben:

Ausgaben, die über den Ansatz eines Titels hinausgehen (überplanmäßige Ausgaben) oder die unter keine Zweckbestimmung des Haushaltsplans fallen (außerplanmäßige Ausgaben), dürfen erst geleistet werden, wenn ein Nachtrag zum Haushaltsplan in Kraft getreten ist.[...]

Das sei die eigentliche Aussage. Dass bei unabweisbaren Ausgaben das gemeldet werden müsse sei nur eine weitergehende Regelung. Er sei aber verpflichtet sicherzustellen, dass genug Geld vorhanden sei. Er wolle dazu nochmal dazu sagen, dass fast alle anderen Finanzer das auch falsch gemacht hätten.

Jannis (Finanzer des 44. AStA) sagt in dem Moment wo er keine Auszahlungen mehr unterschreiben hätte er keine Gehälter mehr Zahlungen können und das Ticket hätte keine Gültigkeit mehr gehabt. Auch das Einhalten von Verträgen sei eine unabweisbare Ausgabe die geleistet werden müsse.

Dirk (Sprecher) sagt, Sebastian habe gesagt man solle sachlich entscheiden. Er gehe mal sachlich das Votum durch: 1 Inventarliste. Da werde nicht spezifiziert dass keine Liste da sein. Niemand wisse, was der AStA besitze. Da könnten sich 1000 Euro ansammeln ohne dass man das genau wisse. Die GHG widerspreche entschieden der Auffassung der RPA und argumentieren mit der Satzung der Studierendenschaft. das RPA argumentiere aber mit dem Gesetz und demgegenüber sei die Satzung niederrang und das sei sachlich schlecht. Hier werde weiterhin versucht Leuten Straftaten zu unterstellen. Dabei gehe es um Privatgeheimnisse. Die GHG sagt also dass es sich bei AStA um persönliche Geheimnisse und den persönlichen Bereich handele, das sei ganz schlecht. Aus der Kassenordnung und dem Honorarvertrag gehe hervor, dass die Stelle für Evaluation geschaffen wurde, das habe man laut eigener Aussage etwas abgeändert. Dieses etwas abgeändert bedeute de facto die Leistung aus dem Vertrag wurde zu 0% geleistet. Das könne man schon fast Lüge nennen. Die Amtsübergabe sei eigentlich sachlich extrem wichtig, denn da hängen auch Werte dran. Aber der Schriftverkehr lag nicht vor, das Rektorat hätte uns um 10000 Euro betrügen könnten und niemand hätte es gemerkt. Die gesamte Übergabe bestand aus zwei Seiten. Im Kultur-Referat war alles mit Sardellenpaste vollgeschmiert. Wenn man sich sachlich unterhalten wolle, dann solle die GHG mal lesen, was sie da schreibe. So sei es nicht möglich sachlich dafür zu stimmen.

Längerer Applaus.

Laura (Vorsitzende des 44. AStA) sagt im Votum heiße es auch, dass alle AStA Mitglieder entlastet werden solle außer sie und Jannis. Sie sei der Meinung, dass der ganze AStA entlastet werden müsste.

Mike (NAWI) sagt, Vorsitz und Financer tragen die Verantwortung und Aufsichtspflicht. Solche Fehler sind bei ihnen zu verorten.

Jannis (Financer des 44. AStA) wisse nicht wie der AStA nun das handhabe. Es sei zumindest bei ihm so gewesen, dass neben den Unterschriften des Finanzreferenten auch immer weitere Vorstandsmitglieder unterschreiben mussten. Damit wären alle Vorstandsmitglieder die mit angewiesen haben mit in der Verantwortung.

Georg (B.I.E.R.) müsse vollkommen zustimmen. Was die Übergabe mit dem HHA zu tun habe sei ihm nicht klar. Der Ausschuss müsse den Haushalt prüfen nicht die Übergabe. Die Inventarliste wurde auch schon vorher angeprangert. Es wurde nie konkret gesagt, wo was so illegal war, dass man den AStA nicht entlasten könne.

Mike (NAWI) empfiehlt ihm das Votum nochmal zu lesen.

Christian (NAWI) sagt da wär das Worte Willkür gefallen. Sei es Willkür, dass so zu sehen oder immer nur Willkür.

Sebastian (GHG) sagt er habe von politischer Willkür geredet. Es sei Willkür sich Laura und Jannis herauszugreifen. Er habe nicht vom Votum gesprochen. Es gebe keinen Beweis und es sei auch keiner aufgekommen, dass der Studierendenschaft Schaden entstanden sei. Alles war politisch legitimiert. Das sei nun Willkür. Das seien hier zwei Menschen.

Matthias T. (SWIB) kommt für Johannes (SWIB).

Simon (Jusos) spreche nochmal zum Thema willkürlich zwei Personen herausgreifen. Es sei so, dass ein Vorstandsmitglied, ein weiteres Vorstandsmitglied, unterschreibe und das nur bei Kontoanweisungen. Das sei nur weitergehend. Die rechtliche Aufsicht führe die Vorsitzende und die Feststellung der sachlichen Richtigkeit unterschreibe der Finanzreferenz. Deswegen tragen diese beiden Personen eine herausragende Verantwortung bezüglich der Vorgänge. Das sei auch im gerade ergangenen Urteil nochmal klargeworden. Wenn weitere Referentinnen oder Vorstandsmitglieder da nicht rausgegriffen werden könnten könne man das so treffen und das sachlich begründet.

Kolja (Jusos) erinnere sich daran zurück, als er nicht entlastet wurde. Er könne nachvollziehen, dass alle möglichen Gründe gesucht werden, dass das nicht so sei. Es ging damals nicht nur um Dinge, die er alleine persönlich zu verantworten habe und der Studierendenschaft sei überhaupt kein Schaden entstanden. Man müsse es aber auch nicht so sehen, dass etwas Illegales entstehen müsse oder ein Schaden in Euro. Sondern dass diese nichtentlastung keine Relevanz hat für strafrechtliche oder haftungsrechtliche Folgen habe. Laut §23.1 HVWO habe ein ein Versagen der Entlastung primär politische Wirkung. Das sei das worüber man hier rede. Hier sei einiges schiefgelaufen in der Haushaltsführung. Es sei seine Meinung und Überzeugung, dass das so sei. Teile der Gegenargumente könne er ein Stück mitgehen aber es bleibe noch genug über. Die andere Frage und momentan nicht die Aufgabe sei was das RPA schreibe. Dass Zahlungen nicht getätigt hätten werden dürften und zurückgefordert werden müssten. Man könne nicht sagen, dass man

nichts von den Titelüberbuchungen gewusst habe es sei im Juli die letzte Zahlung erfolgt und das sei auf keine Krankheit zurückzuführen.

Denise (B.I.E.R.) müsse ganz ehrlich sagen man könne in jedem SP jedes Jahr eine Sitzung verschwenden um lange zu bereden, was der letzte AStA-Vorsitzende falsch gemacht habe und was nicht. Sie wolle wissen, ob es die letzten Jahre so weitergehen solle. Es sei kein Schaden für die Studierendenschaft entstanden. Diese nichtentlastung habe erstmal keine Konsequenzen. Man werfe das zwei Leuten vor und man könne das auch sein lassen. Man könne gegenseitig kommunizieren, es können alle voneinander lernen.

Sebastian (GHG) könne sich Denise nur anschließen. Sicherlich habe einiges nicht an ihm gelegen, sondern an Streitigkeiten zwischen GHG und IL. Es gab viele Fehler und Unterlassungen. Vielen Dank an Kolja der Beitrag war gut. Auch Kolja wurde nichtentlastet der müsse damit leben (**GO-Antrag auf wörtliche Übernahme von Dirk (Sprecher)**). Er könne nicht mal Indizien finden, dass Schaden entstanden sei. Die Leute da haben mit der GHG aktuell nichts mehr zu tun, einer sei nicht mehr an der Uni und die andere seien nicht mehr aktiv. Er finde es auch schwierig, dass mit der Situation vor Gericht zu vergleichen. Hier sei kein Schaden entstanden, Fehler ja. Man möge sich ein Herz fassen und vernünftig abstimmen. Vernünftig im Sinne der Studierendenschaft.

Christine (NAWI) sagt es könne und dürfe nicht sein, dass die Übergabe von wichtigen schriftlichen Dokumenten an einzelnen Personen scheitere. Der AStA war lahmgelegt und das dürfe nicht sein. Der AStA müsse funktionsfähig sein und könne nicht irgendwelchen Dokumenten hinterherlaufen. Es gehe hier um eine politische Diskussion. Wenn man sich das Votum durchlese, wisse man, dass es sich damals um einen GHG AStA handelte. Sie bitte alle sachlich abzustimmen.

Simon (Jusos) sagt die Frage ob er demnächst immer in einer Sitzung sitzen wolle wo über Fehler diskutiert werde die der letzte AStA begangen habe. Beantworte er mit ja das möchte er. Wenn er genug Fehler gemacht habe um ihn nicht zu entlasten sei das völlig ok. Gerade wenn die Mehrheitsverhältnisse wechseln sei auch klar, dass gesucht werde um vieles zu finden. Es sei ein Hoheitsrecht dieses Parlaments den AStA zu kontrollieren. Wenn nicht ausgerechnet eine Mensa-Party passiere könne man sich trotzdem nicht das prüfen sparen. Er möchte und brauche gar nicht beweisen was Fabian und Uwe bewiesen wurde. Es gehe nur darum ob man bestimmte Leute in Sinne einer besonderen Verantwortung sehen könne. Diese besondere Verantwortung sei gegeben. Es sei sehr üblich, dass Finanzer und Vorsitz eine besondere Position genießen. Er sehe nicht ein das in diesem Falle anders zu sehen.

Maxi (Julis) sagt egal woraus ein AStA sich zusammensetzte es dürfe es keine Probleme im AStA geben. Es gehe nicht darum ob materieller Schaden oder immaterieller Schaden entstanden sei. Wie Kolja es gesagt habe, reiche es auch dass zum Beispiel eine Rufschädigung entstanden sei. Sie bitte alle sich am Anhang der objektiven Normen zu orientieren und jeden Parlamentarier eine Meinung zu

bilden und dahingehend abzustimmen. Persönliche Sympathien dürften hier keine Rolle spielen.

Patrick (GHG) sagt er glaube eine Nichtentlastung habe eine große persönliche Wirkung. Keine sei perfekt. Er sei neu und man wolle natürlich alles besser machen. Man kaue sozusagen das Zeug von vor zwei Jahren wieder durch. Aber es gebe da nicht viel was übrig bleibe.

Denise (B.I.E.R.) sagt natürlich soll und muss das SP ein Kontrollfunktion ausüben. Es sei klar, dass die Liste B.I.E.R. das auch selber gerne tue. Man könne nicht sagen man entlaste explizit diese beiden Leute nicht, weil sich herausgestellt habe, dass das Kulturkafé 2000 Euro Einnahmen mehr gemacht habe.

Jorret (SWIB) sagt das Votum finde er interessant, weil dort stehe, dass dort keine explizite Wertung stehen solle, aber das eine Entlastung explizit politische Aussagen treffe. Es sei schade, dass der Ausschuss es erst jetzt geschafft habe die Prüfung zu beenden. Es gab zwischendurch kürzere Sitzungen und es wäre schön gewesen, hier eine kürzere Sitzung zu verlängern und diese dafür zu kürzen.

Mike (NAWI) sagt es stimmt, das sei die Schelte an ihn und den vorherigen Ausschuss. Das Votum sei nicht politisch, sondern rein technisch und orientiere sich an Fakten.

Kolja (Jusos) sagt es seien verschiedene Dinge, die hier ablaufen. Der HHA prüfe rein technisch, ob alles in Ordnung sei und das Parlament werden nun über die Entlastung entscheiden. Diese sei primär politisch. Der Ausschuss prüfe rein technisch.

Matthias T. (SWIB) sagt, der Ausschuss spreche ja eine Empfehlung aus. Es widerspreche sich, dass es nicht politisch sein solle, obwohl Kolja hier seine persönliche Erfahrungen mit einbringe.

Kolja (Jusos) sagt es gehe um Regeln die nicht eingehalten wurden. Entweder wurde das in einem Maß getan oder nicht. Wenn man überlege was das für den beutete ob der traurig sei oder nicht, dann gehe man weg von den Regeln. Er würde sich wundern, was für ein Beschluss gefasst werde wenn es heiße, dass immer geldwerte Nachteile entstanden seien müssten.

Matthias T. (SWIB) widerspreche der Aussage, dass das Votum kein politisches Statement sei. Er glaube dass das Votum nicht komplett unbefangen sei. Da gehe es nicht um die Regeln, sondern gegen.

Kolja (Jusos) sagt der Satz meint vor allem, dass man Inis aus inhaltlichen Gründen kritisieren könnte. Das habe man nicht getan. Die Aufgabe habe der Ausschuss nicht. Die Prüfung belaufe sich auf die technisch saubere Durchführung. Es sei ein Unterschied dazwischen welche Ausgaben man inhaltlich politisch wie bewerte.

Laura (Vorsitzende des 44. AStA) habe auch nichts gegen die Regeln. Sie sehe die Regeln nicht so sehr verletzt, als dass eine Nichtentlastung gerechtfertigt sei.

Jorret (SWIB) sagt der springende Punkt sei zu schreiben, dass es einen politische Wertung sei und dann zu argumentieren. Dass der RPA-Bericht, der politisch für korrekt erachtet wurde, gelte. Es sei ein politisch Entscheidung zu entscheiden, ob die Regeln erheblich verletzt wurden.

GO-Antrag auf Namentliche Abstimmung durch Simon (Jusos).

5 Minuten Fraktionspause der GHG. Fortsetzung um 20:06 Uhr.

GO-Antrag der **GHG** über alle AStA Mitglieder einzeln abzustimmen.

12 Ja

17 Nein

1 Enthaltung

Georg (B.I.E.R.) fragt wie Dirk begründe, dass man einzeln über Entlastungen abstimmen könnte.

Dirk (Sprecher) folge der Handhabe in der Vergangenheit. Er entscheide da gar nichts. Er folge dem wie es üblich war. Einspruchsbehörde sei der AStA.

Sebastian (GHG) fordert den AStA Vorsitzenden auf einzuschreiten. Er halte das Vorgehen für Gesetzeswiedrig.

GO-Antrag von Laura (Vorsitzende des 44. AStA) (GHG) auf geheime Abstimmung.

Michael (B.I.E.R.) sagt Dirk als Sitzungsleiter müsse doch geprüft haben ob das rechtlich möglich sei.

Dirk (Sprecher) sagt er folge dem üblichen Usus. Man könne das gern anfechten. Es gehe um das Weitergehen des Antrages.

Georg (B.I.E.R.) stelle einen GO-Antrag auf Anfechtung.

Gegenrede.

11 Ja

Da keine 2/3 Mehrheit vorliegt, ist der GO-Antrag abgelehnt.

Zunächst wird abgestimmt über die Entlastung des AStA außer Laura und Jannis:

30 Ja

2 Nein

1 Enthaltung

Abstimmungen ob Laura (Vorsitzende des 44. AStA) und Jannis (Finanzer des 44. AStA) entlastet werden sollen:

13 Ja

18 Nein

2 Enthaltungen

TOP 11 Beschluss zweier Urabstimmungen

GO-Antrag auf Vertagung von der **GHG**.

Formelle Gegenrede.

Sebastian (GHG) sagt es sei schade. 21:57 Uhr habe man nun. Er weise den Vorwurf der Verzögerungstaktik zurück. Er habe das rechtzeitig angekündigt. Man habe Debatten geführt für ehemalige Mitglieder und Mitglieder der GHG. Das war angekündigt und er könne nicht nachvollziehen, wo hier eine Verzögerungstaktik gesehen werde.

11 Ja

18 Nein

Dirk (Sprecher) gibt eine kurze persönliche Erklärung zu Protokoll:

Der Antrag wurde schriftlich mitgebracht, also war das von vornherein geplant. Das seien taktische Winkelzüge. Er rüge das ausdrücklich.

GO-Antrag der **GHG** auf Anfechtung der ordnungsgemäßen Einladung:

Die Sitzung des Studierendenparlamentes ist ungültig, da nicht ordnungsgemäß nach §4 (3) eingeladen wurde.

Begründung:

Auf der Einladung fehlt die Bekanntgabe des Ortes, dadurch könnte die Abwesenheit von Parlamentariern erklärt werden. Die Einladung verstößt klar gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung.

Maxi (Julis) redet inhaltlich dagegen. Der Antrag sei fehl am Platze. Das hätte unter TOP 1 erfolgen müssen.

Dirk (Sprecher) nehme den Antrag nicht an, die Beschlussfähigkeit sei bereits festgestellt.

GO-Antrag von **Mike (NAWI)** TOP 18 Umbesetzung von Ausschüssen vorzuziehen.

Jorret (SWIB) redet inhaltlich dagegen. Er sehe dass es wichtigere Themen gebe, als die Umbesetzung von Ausschüssen.

Es wird keine 2/3 Mehrheit erreicht. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Jorret (SWIB) fragt ob man bis in die Hottentotten tagen wolle. Er appelliere, dass wenn man sich eine Deadline setze man diese auch einhalte.

Widerspruch aus dem Plenum das sei nicht in Ordnung.

Persönliche Erklärung von **Kolja (Jusos)**:

Jorret von der Liste Swib fragte sinngemäß den AStA-Vorsitzenden, ob er bis in die Hottentotten machen wolle. Kolja Schmidt (Jusos), stellte dazu fest, dass es sich bei diesem Redebeitrag um einen rassistischen Fauxpas handelt. Als persönliche Erklärung dazu gibt es weiterhin zu Protokoll:

Hottentotten war eine in der Kolonialzeit von den Buren erstmals verwendete Sammelbezeichnung für die in Südafrika und Namibia lebende Völkerfamilie der Khoi Khoi zu der die Nama, die Korana und Griqua (Orlam und Baster) gehörten. Man geht heute davon aus, dass die holländische Bezeichnung *Hottentot* seit ihrer Einführung hauptsächlich abwertend rassistisch und diskriminierend verwendet wurde. Außerdem wurde das Wort auf Menschen mit vermeintlich unterlegener Kultur und Mangel an intellektuellen Fähigkeiten übertragen.

GO-Antrag nur TOP 11 zu behandeln und danach zu vertagen von **Denise (B.I.E.R.)**.

Tim (Jusos) redet inhaltlich dagegen. Das gehöre zusammen. Es sei wichtig die nächsten TOPs noch zu machen. Er wisse dass das einigen schwer falle. Man hätte sich auch im Vorhinein kürzer fassen können. Er möchte darum bitten, dass der Antrag abgelehnt werde. Was die TOP nach 18 angehe so könne man das beraten.

Laura (Vorsitzende des 44. AStA) sagt es gehe gerade darum, dass diese TOPs so wichtig seien, deswegen solle ja vertagt werden.

7 Ja

Mehrheit dagegen.

Tim (Jusos) erläutert die Beschlussvorlage. Der AStA bitte darum die Vorlagen zu beschließen:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Die Studierendenschaft führt zur Kooperation mit der nextbike GmbH („metropolradruhr“) eine Urabstimmung durch die parallel zur 47. Studierendenparlamentswahl vom 13. bis 17. Januar 2014 stattfindet.

2. Die Urabstimmungsfrage die mit Ja oder Nein beantwortet werden muss, wird wie folgt beschlossen:

„Soll die Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum die Kooperation über das Fahrradverleihsystem der nextbike GmbH („metropolradruhr“) fortführen und hierfür einen zweckgebundenen Beitrag in Höhe von 1,50 Euro pro Semester und Studentin erheben?“

3. Der Wahlausschuss wird damit beauftragt die Urabstimmung durchzuführen.

Tim (Jusos) erklärt es werde stets nie über einen Vertrag abgestimmt, sondern über ein Projekt. Der Vertrag werde vom SP beschlossen und vom AStA gezeichnet. Der Vertrag dürfe zwar veröffentlicht werden formal müsse man das jedoch trennen. Wenn die Urabstimmung nein sage werde kein Vertrag in Kraft treten.

Sebastian (GHG) fragt ob der Antrag fristgerecht eingereicht wurde. Er finde es schwierig das nun zu prüfen und zu gucken ob das richtig sei. Er habe vorhin den Antrag gestellt das vorzuziehen. Da fand man die Entlastung wichtiger und da sei irgendwas falsch.

Tim (Jusos) sagt in den letzten Wochen wurde die Opposition viel mit einbezogen. Er habe es nicht geschafft das so weit vorzubereiten, dass man das vorlegen konnte. Er wolle vor allem vorschlagen das inhaltlich zu diskutieren. Er sehe die bisher vorgebrachten Kritikpunkte schon als ausgeräumt.

GO-Antrag der GHG auf Fraktionspause Fortsetzung um 22:25 Uhr.

Dirk (Sprecher) sehe es so, dass man den Vertrag ausführlich bereden müsse. Er wolle wissen, was dagegen spreche, erst die Urabstimmung zu machen und dann den Vertrag zu behandeln.

Sebastian (GHG) sagt es mache keinen Sinn, denn wenn der Vertrag nicht in Ordnung sei mache das keinen Sinn die Urabstimmung zu beschließen.

Matthias T. (SWIB) Stimme zu es mache keinen Sinn abzustimmen, wenn der Vertrag nicht passe.

Felix Pascal (stellv. Sprecher) sagt in der Beschlussvorlage sei keine Rede von einem Vertrag. Da gehe es nur um die Kooperation und das Projekt an sich.

Tim (Jusos) könne das auch anders machen. Man könne auch morgen fortsetzen, aber dann bestehe auch die Gefahr, dass man nicht beschlussfähig sei. Heute Nacht werde auch niemand den Vertrag durch lesen, sodass in der Diskussion ohnehin keine weitreichenden Änderungen mehr zu erwarten seien.

Denise (B.I.E.R.) möchte vorschlagen morgen ab 16 Uhr zu tagen.

Dirk (Sprecher) sagt, da tagen Ausschüsse und man bekomme keinen Raum.

Denise (B.I.E.R.) sagt gerade Tim solle klar sein, dass das der Liste B.I.E.R. wichtig sein und gerade die Liste B.I.E.R. habe sich viel mit eingebracht.

GO-Antrag zum sofortigen Schluss der Diskussion durch **Philipp (Piraten)**.

Simon (Jusos) redet inhaltlich dagegen. Man sei gerade in der Diskussion.

1 Ja

Alle anderen dagegen.

Matthias T. (SWIB) wolle nachfragen, wer morgen Zeit habe.

Tim (Jusos) habe den Vorschlag für 30 Minuten Pause zu machen oder auf morgen um 9 oder 16 Uhr zu vertagen.

Martin (NAWI) sagt man spreche nur über morgen. Welche Tage denn och gingen.

Sebastian (GHG) sagt die GHG sei bereit, schweren Herzens, nicht dem AStA zu Liebe, den Vertrag durchzuarbeiten.

GO-Antrag der GHG auf Fraktionspause für 15 Minuten. Fortsetzung der Sitzung um 22:53 Uhr.

4 Nein.

Große Mehrheit dafür.

Die Liste B.I.E.R. verlässt die Sitzung.

Sebastian (GHG) sagt an einer Stelle sei die Rede von 73 Stationen und an andere Stelle von 72 Stationen.

Tim (Jusos) sagt es waren zwei Stationen doppelt. Lottental und HZO. Er habe das mit Herrn Frauendienst abgesprochen das sei so richtig.

Sebastian (GHG) sagt bei Absatz 7 wurde das Datum rausgenommen. ER wolle wissen warum.

Tim (Jusos) sagt das war von Herrn Schlebusch rausgenommen worden. Das gebe es so gar nicht. Die Selbstkontrolle greife trotzdem, nur diesen Stand 2011 gebe es nicht. Der Wille der Studierendenschaft spiegele sich wieder.

Sebastian (GHG) sagt bei §3 und §4 da bitte er um Erklärung.

Tim (Jusos) sagt momentan seien etwa 3% nach diesen Kriterien befreit. Das greife also momentan nicht. 10% seien absolut save. §4 habe Tim nextbike nochmal aus der Rippe geleiert. Die Minderung beziehe sich auf den Betrag der auf die Räder die außerhalb von Bochum stehen. Das sei für uns die selbe Schwelle, die nextbike bei uns auch habe. Dann dürfe man von den 50 Cent den Betrag abziehen. Das sei so der Deal gewesen.

Sebastian (GHG) möge anmerken: die GHG befürworte das Konzept was zusammen ausgearbeitet wurde. Die GHG wird sich da nur enthalten können. Man

kenne den Vertrag in dieser Form noch nicht gut genug. Die GHG müsse sich dazu nächst enthalten und nach der Rückkopplung in der Liste eine Meinung treffen.

Uli (:bsz) fragt in welcher Weise Datenschutzbedenken Rechnung getragen wurde.

Tim (Jusos) sagt man habe einen intensiven Beteiligungsprozess gehabt und es gebe umfassende Regelungen in punkto Datenschutz. Auch bisher wurde mit den Daten nicht rumgeschlendert, aber auch die Kritik werde aufgegriffen, dass man bestimmte Punkte wieder regele. In der Anlage C, wo es um besonderer Regelungen bezüglich der AGB gehe. Dort werde dargelegt, wie man mit personenbezogenen Daten umgehe. Auch die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten der nextbike GmbH sei eingeflossen. Er glaube, dass alle Punkte, auch die der Liste B.I.E.R. sich darin widerspiegeln. Es seien noch genug Leute anwesend, sodass da sich da jeder überzeugen könne, dass viele Punkte geregelt seien.

Uli (:bsz) fragt ob die erste Stunde weiterhin personenbezogen erfasst werde.

Tim (Jusos) sagt das gehe auch nicht anders. Durchschnittlich alle 2,3 Tage werde jedes Rad überprüft. Man benötige die Zeit das zu sichten und es sei so geregelt, dass nextbike 48 Stunden lang die Daten habe. Das sei ein wichtiger Punkt gewesen. Man brauche Rechtssicherheit für nextbike, wollte aber auch die anfallenden Daten reduzieren.

Lokman (GH) sagt es gebe diese 48 Stunde Regelung. Man hafte ja auch für Schäden dritter, ob auch das gelöst sei.

Tim (Jusos) sagt das stehe in den AGB, aber in der Anlage C unter Punkt 2 da sei die Kundenhaftung komplett neu geregelt. Nextbike müsse nachweisen, dass der Studie sich mit dem Rad schuldhaft verhalten habe. Die 75 Euro Selbstbeteiligung seien weg und nextbike wolle das auch grundsätzlich abschaffen. Der Punkt werde allgemein nochmal kritisch betrachtet und gegebenenfalls in den AGB überarbeitet, wir hätten ihn jedoch auch schon im Vertragswerk.

Madita (SWIB) 36.5 und C.F das sei theoretisch inhaltlich der gleiche Punkt. Unter erstem Punkt stehe ausdrücklich zustimmen und in Anlage C stehe noch der alte Punkt.

Tim (Jusos) sagt das sei eine Dopplung, die eine Version sei noch die alte gewesen.

Matthias T. (SWIB) sagt, da gehe es um die Stationen, die aufgelisteten. Der Ist zustand haue nicht hin.

Tim (Jusos) sagt zum 1.4.2014 solle dieses Stationsnetz entwickelt sein.

Simon (Jusos) führt aus, dass die Stationen ohne Stationsnummer noch nicht existieren. Diese sollen zusätzlich errichtet werden.

Matthias T. (SWIB) sagt man könne nextbike also auf fünf Jahre festnageln.

Tim (Jusos) sagt man müsse ja einen Abschlag zahlen. Es gebe dann ein Semester lang für nextbike Geld. Das übrige Geld verbleibe dann in dem Topf und senke den kommenden Beitrag.

Madita (SWIB) fragt was passiere, wenn es vorkommen solle dass man über wenige Minuten überziehe. Sei es richtig, dass dann zunächst gesperrt werde und dann müssen man Zahlungsmittel hinterlegen um wieder zu entsperren.

Philipp (Piraten) geht um 23:12 Uhr.

Simon (Jusos) sagt das komme wohl auf den Einzelfall an.

Matthias T. (SWIB) sagt man könne das unkompliziert klären. Da könne man anrufen und dann könne man das klären.

Stefan (GHG) sagt es gab ja die Anfrage der Liste B.I.E.R.. bezüglich der Werbung.

Simon (Jusos) sagt das wurde in §3 Abschnitt 7 aufgenommen.

Stefan (GHG) sagt da müsse Polizei auch aufgenommen werden.

Tim (Jusos) sagt da war man konsensual dafür das wegzulassen.

Sebastian (GHG) sagt ihm liege eine Mail der Liste B.I.E.R. vor. Er wolle wissen ob der AStA noch weitergehende Unterlagen bezüglich der Urabstimmungen habe.

Tim (Jusos) sagt das habe die Liste gerade gefragt. Er müsse gucken, wie man die Zahlen nach deren Wünschen aufbereiten könne.

Matthias T. (SWIB) fragt ob die Zahlen realistisch seien.

Tim (Jusos) sagt er dachte nicht, dass die Frage so gemeint war. Die Zahlen seien vernünftig und wahr. Er müsse das mit Herrn Frauendienst besprechen wie weit man diese noch aufbereiten könne, da die Liste B.I.E.R. ja besondere Wünsche gehabt habe, aber die Zahlen seien die original Statistiken von Herrn Frauendienst. Das sei ja wohl selbstverständlich.

Sebastian (GHG) sagt. das habe er dann falsch verstanden. Es klang gerade anders und das nun habe einiges aufgeklärt.

Stefan (GHG) fragt ob man Seite 29 Punkt H streichen könne.

Tim (Jusos) sagt das gehe nicht. Man müsse sicherstellen, dass die Räder ordnungsgemäß gestrichen werden können und dieser Punkt müsse sichergestellt werden.

Stefan (GHG) finde das nicht glücklich.

Tim (Jusos) sagt es gebe vieles doppelt und das sei ein besonders wichtiger Punkt, der werde nochmals extra betont.

Jorret (SWIB) würde Punkt gerne genauer geklärt haben.

Tim (Jusos) sagt es gebe Punkte da könne man diskutieren, dieser sei keiner.

Simon (Jusos) würde darum bitten, dass solche Dinge wie Fahren unter Alkoholeinfluss an der Stelle zurückgestellt würden. Es gebe wichtige Themen wie Datenschutz und Werbung. Er wisse nicht, ob die Zustimmung zu, Vertragswerk wirklich davon abhängig gemacht werde.

Matthias T. (SWIB) sagt, was es heiÙe, dass der Kunde nicht berechtigt sei den Code zu verstellen.

Tim (Jusos) sagt, das sei selbstverständlich, dass man das nicht mache. Solche Dinge müssten jedoch auch geregelt seien.

Matthias T. (SWIB) fragt wie viele Räder man umsonst ausleihen könne.

Tim (Jusos) sagt man könne bis zu 4 Räder ausleihen, davon gelte für alle die günstigen Konditionen, aber nur für eines die erste Stunde umsonst.

Matthias T. (SWIB) sagt, dass müsse nur geklärt werden und dürfe bei den Studies nicht zur Verwirrung führen. Auf Seite drei stehe jede Ausleihe. Er wolle wissen, ob der Vertrag so abgesegnet sei.

Tim (Jusos) sagt nextbike würde dem so zustimmen.

Tobias (GHG) habe auf Seite 33 eine Frage zu §16. Dort möchte er telefonisch streichen lassen.

Tim (Jusos) sehe das ganz klar als Service.

Tobias (GHG) sagt Punkt 4 müsse man auch ändern.

Tim (Jusos) sagt das seien sehr kleine Details die für das System irrelevant seien. Das hätte auch vorher vorgebracht werden können.

Tobias (GHG) sagt eigentlich könne man also nichts mehr ändern.

Tim (Jusos) sagt die Anregungen der Listen seien ja sowieso bereits berücksichtigt wurden.

Matthias T. (SWIB) sagt §10 Seite 31 der Nutzer sei verpflichtet [...].

Tim (Jusos) sagt, das sei klar, dass man das nicht selber müsse, wenn man das nicht könne.

Matthias T. (SWIB) fragt ob §11 heiÙe man könne auch Karten bestellen.

Tim (Jusos) sagt das brauche man nicht mehr. Auf dem Studiausweis sei eine Nummer hinterlegt. Das sei auch mit dem Datenschutzbeauftragten abgesprochen, aber man könne auch seinen Studiausweis dafür nutzen.

Matthias T. (SWIB) sagt es gebe ja auch Leute mit dem alten Ausweis.

Tim (Jusos) sagt, das sei zusätzlich auch möglich.

Matthias T. (SWIB) sagt, wenn jemand den Studiausweis verliere. Wie das dann sei.

Tim (Jusos) sagt, dann müsse man da anrufen. Es gebe immer die Möglichkeiten das zu missbrauchen. Nextbike müsse jedoch beweisen, dass man das schuldhaft verloren habe um einen haftbar zu machen.

Matthias T. (SWIB) sagt man müsse darauf hinweisen, bei der Veröffentlichung.

Madita (SWIB) fragt ob es, selbst wenn man nicht bei nextbike angemeldet sei und das Portmonee geklaut werde ob es dann auch gehe.

Tim (Jusos) sagt, das müsse freigeschaltet werden auf der Mail-Adresse. Das gehe nur über zwei Wege.

Matthias (SWIB) fragt ob man die Konkordaten sofort angeben müsse.

Tim (Jusos) sagt nein müsse man nicht. Außerdem könne man das auch als Prepaid nutzen, müsse man jedoch nicht.

Madita (SWIB) fragt, ob eine Kopplung zwischen dem Studie Ausweis und anderen RUB-Mail-Adressen bestehe.

Tim (Jusos) sagt man könne nicht verfolgen, wessen Karte mit wessen Mail-Adresse zusammengehöre. Da sei auf der Karte nur eine Nummer hinterlegt. Es bestehe zunächst keine Verbindung zwischen Adresse und Studieausweis. Man müsse das einmalig registrieren.

Matthias T. (SWIB) fragt bezüglich des Vertrags mit den Mitarbeiterinnen der RUB bezüglich der Konditionen.

Tim (Jusos) sagt, die RUB habe 2500 Mitarbeiterinnen die potentiell darunter fallen. Das seien wesentlich weniger Personen. Die konnten individuell was raushandeln, da die sich am Aufwuchs beteiligten. Die Studies werden das deutlich mehr nutzen.

Matthias T. (SWIB) frage das nur vorbeugend, dass nicht einer bessere Konditionen erhalte oder so.

Tim (Jusos) versichert, das sei nicht der Fall.

Einstimmig angenommen bei zwei Enthaltungen.

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Die Studierendenschaft führt zur Kooperation mit dem Schauspielhaus Bochum („Theaterflat“) eine Urabstimmung durch die parallel zur 47. Studierendenparlamentswahl vom 13. bis 17. Januar 2014 stattfindet.

2. Die Urabstimmungsfrage die mit Ja oder Nein beantwortet werden kann muss, wird wie folgt beschlossen:

„Soll die Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum die Kooperation mit dem Schauspielhaus Bochum („Theaterflat“) fortsetzen und hierfür auch nach dem

Sommersemester 2014 einen zweckgebundenen Beitrag in Höhe von 1 Euro pro Semester und Studentin erheben?“

3. Der Wahlausschuss wird damit beauftragt die Urabstimmung durchzuführen.

Tim (Jusos) erklärt der Vertrag komme dann erst zum Sommersemester 2014, weil dann die neue Spielzeit beginne. Das Projekt in der Zukunft müsse der neue AStA verhandeln. Da sei der neue AStA in der Pflicht. Man habe hier das Vertragswerk, was man bisher erarbeitet habe.

Matthias T. (SWIB) sagt, die Studierenden entscheiden über die Urabstimmung nicht über den Vertrag.

Tim (Jusos) meint, im Falle des positiven Votums sollte es einen dauerhaften Vertrag geben. Das sei nicht Urabstimmungsrelevant. Das haben der nächste AStA und das nächste SP zu beschließen.

Einstimmig angenommen.

TOP 12 Beschluss langfristiger Verträge

Metropolrad:

Tim (Jusos) sagt man habe eine redaktionelle Änderung sei aufgenommen. Er möchte das SP um Beschlussfassung bitten:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Das Studierendenparlament stimmt dem Vertrag zwischen der Studierendenschaft und der nextbike GmbH zur Nutzung des Fahrradverleihsystems der nextbike GmbH zu. (Anlage 1)

2. Der AStA wird damit beauftragt, den Vertrag zwischen der Studierendenschaft und der nextbike GmbH zur Nutzung des Fahrradverleihsystems der nextbike GmbH zu schließen, soweit die Urabstimmung zur Fortführung der Kooperation über das Fahrradverleihsystem der nextbike GmbH („metropolraduhr“) mit mehr Ja als Nein Stimmen beschlossen wird.

Sebastian (GHG) finde die Formulierung gut, richtig und vernünftig. Die Frage sei, ob dieser Beschluss eventuell nicht konform sei, weil eine Mehrheit erforderlich sei.

Tim (Jusos) sagt es sei ein Unterschied, ob bestimmte Quoren, der Urabstimmung oder bestimmte Bedingungen erfüllt seien. Für ihn sei klar, dass man keinen Vertrag unterschreibe, der nicht gewollt sei.

Jorret (SWIB) sagt, wenn nur eine Person bei der Urabstimmung abstimme halte man sich also auch an dieses Votum.

Dirk (Sprecher) erinnere, dass man zusammen mit der SP-Wahl abstimme und dann eine Prozentual zweistellige Beteiligung erfolge.

Simon (Jusos) sagt fasse man den Beschluss erst nach der Wahl sei es zeitlich wieder extrem eng, weil man zu spät beschließe und dann werde nextbike nicht Anfragen hier aufzubauen.

Tim (Jusos) erklärt wenn die Urabstimmung nein sage, dann könne das SP den Beschluss auch wieder aufheben.

Matthias T. (SWIB) fragt ob metropolradruhr das schon gelesen habe. Man hatte die Urabstimmung beim Semesterticket geschafft über das Quorum zu heben, damit nicht nachher jemand klagen könne, weil das nicht legitimiert sei.

Tim (Jusos) sagt, wenn das nicht gewollte sei. Dann werde man dem halt nicht zustimmen.

Matthias T. (SWIB) sagt, es könne ja passieren, dass die Urabstimmung ohne da Quorum zu erreichen dem Projekt zustimme.

Felix Pascal (stellv. Sprecher) sagt, man müsse die Abstimmung ja nicht machen. Das sei im Prinzip freiwillig, denn das SP reiche als demokratische Legitimation und dessen Beschlüsse könne man auf der Grundlage auch nicht anfechten, da gebe es ja gar keine Quoren.

Simon (Jusos) sagt man habe auch die Sonderklausel, dass bei einem entsprechenden Gerichtsurteil ein außerordentliches Kündigungsrecht vorhanden sei. Er glaube dass das vertretbar sei.

Matthias T (SWIB) glaube reiche nicht aber das sei erstmal ok.

17 Ja

1 Nein

5 Enthaltungen

Thaterflat:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Das Studierendenparlament stimmt dem am 31. Juli 2013 geschlossen Vertrag, zwischen der Studierendenschaft und dem Schauspielhaus Bochum, über den Besuch von Veranstaltungen des Schauspielhauses („Theaterflat“) und seinen entsprechenden Konditionen zu. (Anlage 2)

2. Der AStA wird damit beauftragt, einen Vertrag zwischen der Studierendenschaft und dem Schauspielhaus Bochum zu erarbeiten, soweit die Urabstimmung zur Fortführung der Kooperation mit dem Schauspielhaus („Theaterflat“) mit mehr Ja als Nein Stimmen beschlossen wird.

Tim (Jusos) wurde von der Liste B.I.E.R. gefragt den Vertrag mitzubringen. Es finden sich viele Listen darin wieder was Kontingente angeht und ähnliches. Das habe man aufgenommen. Dann habe sich nicht mehr viel getan, das sei alles das was man sowieso schon kenne. Es wurde auch der Wunsch geäußert, dass das nochmals ordentlich beschlossen werde. Dem wolle er sich nicht sperren. Es sei eine gute Vereinbarung mit den Anregungen. Und nun bitte er das zu beschließen.

Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

TOP 13 Genehmigung doppelter Bezahlung durch die Studierendenschaft

Simon (Jusos) erklärt die doppelte Bezahlung komme dadurch zu Stande, dass die Leute als Wahlhelferinnen arbeiteten. Er verliest die Liste:

Kolja Schmidt (:bsz und Wahlausschuss)

Anna Schiff (:bsz und Autonomes Frauen- und Lesbenreferat)

Dirk Loose (SP-Sprecher und Wahlausschuss)

Nergiz Yilmaz (AStA und Wahlausschuss)

Christian Kriegel (:bsz und Wahlausschuss)

Antje Westhues (Sozialberatung und Wahlausschuss)

Pina Eichert (AStA-Referentin und Wahlhelferin)

Matthias T. (SWIB) fragt, ob es möglich sei, dass :bsz Redakteure keine Artikel schreiben während sie für bestimmte Listen im Wahlausschuss sitzen.

Kolja (Jusos) sagt, schon bevor diese fragwürdigen Artikel zustande gekommen waren sei er schon länger nicht mehr :bsz-Redakteur gewesen.

Einstimmig angenommen.

TOP 14 Rektoratswahl

GO-Antrag von Dirk (Sprecher) auf Vertagung, da Maik (Gremienberatung) nicht mehr anwesend ist.

TOP 15 Antrag GHG „Zivilklausel“

Sebastian (GHG) bringt den Antrag ein:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament fordert den AStA auf, sich auf allen Ebenen für die Implementierung einer Zivilklausel in die Grundordnung der Universität und in das Landeshochschulgesetz einzusetzen. Das Studierendenparlament strebt an, dass eine Zivilklausel in noch zu erarbeitender Form spätestens zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des ersten Weltkriegs 1914 zumindest in die Verfassung der Ruhr-Universität Bochum aufgenommen wird.

In den vergangenen Wochen wurde bekannt, dass auch in Fakultäten der Ruhr-Universität Bochum für militärische Zwecke geforscht wird. Das Studierendenparlament bittet den AStA und die studentischen Senator*innen herauszufinden, ob und wenn ja welche Kooperationen mit Rüstungsunternehmen bzw. Unternehmen, die im Militärbereich tätig sind, bestehen und welche militärischen Forschungs- und Lehrprojekte derzeit durchgeführt werden bzw. geplant sind. Mit dieser Aufforderung spricht sich das Studierendenparlament der Ruhr-Universität Bochum für zivile Forschung und Lehre aus und stellt sich gegen alle Bestrebungen, militärische Wissenschaft an öffentlichen Hochschulen zu betreiben.

GO-Antrag auf Vertagung durch Dirk (Sprecher).

Bei 4 Nein-Stimmen vertagt.

TOP 16 Plakatiersituation

Tim (Jusos) habe zwar was vorbereitet, werde da aber am 9.1.2014 nochmal darüber sprechen.

GO-Antrag von Tim (Jusos) auf Vertagung.

TOP 17 Umbesetzung von Ausschüssen

Wahlausschuss:

NAWI entsendet als neue Vertreter (früher Reza und Immanuel) Torben Laudenberg und Marieleen Slatmeier.

Einstimmig angenommen.

Wenn die Jusos VertreterInnen haben treten die zurück.

TOP 18 Verschiedenes

Matthias T. (SWIB) habe die Bitte, dass die Debatten von heute nicht für den Wahlkampf ausgeschlachtet werden, weil es alte ASten betreffe. Das sei ein Apell auf einen fairen Wahlkampf.

Simon (Jusos) sei stolz auf jeden der noch hier sei

Dirk (Sprecher) sagt man hatte die nächste Sitzung zunächst auf den 7. Januar terminiert. Das sei jedoch noch vorlesungsfreie Zeit. Deswegen tate man lieber am 9.1.2014. Er wünscht allen Parlamentarierinnen frohe Feiertage und einen guten Rutsch in 2014.

Schluss der Sitzung um 00:11 Uhr durch **Dirk (Sprecher)**.

Anlage 1:

s. PDF Anlage_1

Anlage 2:

s. PDF Anlage_2